

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werksfähigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 161.

Donnerstag, den 12. Juli 1917.

24. Jahrg.

Mehr Maß!

Die erste Serie der Stockholmer Konferenzen hat eine Fülle von Sonderwünschen, von Sonderinteressen zutage gefördert. Delegationen kamen auf Delegationen und trugen ihre Meinungen über die Art und Weise vor, in der die zerrissene Menschheit möglichst den demokratischen Idealen entsprechend und möglichst den Frieden verbürgend neu zu organisieren sei. Stockholm war ein sozialistisches Ereignis erster Ordnung. Jede Gefandtschaft auch der kleinsten Sektion war von dem stolzen Gefühl durchdrungen, beizutragen an dem Werk des Neuaufbaues der Welt. Und in dem Bewußtsein der unerhörten Reichhaltigkeit der zu regelnden Aufgaben glaubte man vielfach in der Darlegung der eigenen Ansichten nicht ausführlich genug sein zu können. Die Regierungen, die den Frieden zu schließen haben werden, stehen vor einem Rüst von Schwierigkeiten und Problemen. Deshalb glaubte man, daß es auch Aufgabe der sozialistischen Internationale sei, den Regierungen hierin vorzuarbeiten, in den einzelnen Fragen einige Klarheit zu schaffen, die Wege zu zeigen, auf denen sie einer für alle Völker möglichst gleich heilsamen Lösung entgegenzuführen seien.

Dabei hat sich nun herausgestellt, daß innerhalb der sozialistischen Internationale noch weit mehr Meinungsverschiedenheiten bestehen als zwischen den Regierungen der verbündeten und kriegsführenden Staaten. So herrscht unter den Mittelmächten wenigstens Einstimmigkeit hinsichtlich der Kriegsziele, jedoch durch etwa doch vorhandene Differenzen der Friede um nicht einen Tag aufgeschoben werden dürfte. Welch ein bizarres Bild von Unstimmigkeiten bieten demgegenüber die sozialdemokratischen Parteien und Gruppen allein der Mittelmächte. Dazu kommen dann noch die Gegensätze zwischen den Parteien der beiden feindlichen Mächtegruppen. Gleichwohl müssen wir uns die Gegensätze zwischen den feindlichen Regierungen schärfer denken als die zwischen den entsprechenden sozialistischen Parteien, und eine Einigung zwischen dieser leichter vollführbar als zwischen jenen, wenn die Stockholmer Konferenzen überhaupt einen Sinn haben sollen.

Aber doch ist klar, daß wir Sozialisten allen Anlaß haben, die Reibungsflächen zwischen den Bruderparteien auf ein Mindestmaß herabzusetzen, wenn wir uns auf den Friedensschluß einen bestimmenden Einfluß sichern wollen. Die Schwierigkeiten selbst innerhalb der Internationale sind riesengroß. Und sollte — sagt das Memorandum der tschechoslowakischen Sozialdemokratie sehr mit Recht — der Versuch der sozialistischen Internationalen, einen Ausweg zum Frieden zu finden, „infolge der großen Schwierigkeiten sich als ungangbar erweisen, dann entsteht die Gefahr, daß der Krieg beinahe unabsehbar verlängert und erst mit Erschöpfung, Entkräftung und Verblutung ganz Europas und aller seiner Völker beendet wird.“

„Aus diesem Grunde spricht sich die tschechoslowakische Sozialdemokratie dahin aus, daß die Kontinuität der von dem tschechoslowakischen Komitee veranstalteten und gemeinsam mit dem Sekretariat des Internationalen Bureaus geführten Aktion um keinen Preis zu unterbrechen sei.“ Sehr richtig! Aber das dürfte schwerlich die Hauptsache sein. Worauf es vielmehr in erster Linie ankommt, ist — wie gesagt — eine konsequenter Durchführung des, namentlich auf deutscher Seite vorliegenden, Bestrebens, die Reibungsflächen auf ein Mindestmaß zu verringern. Das heißt aber: die Internationale darf nicht erwarten, in allen politischen Fragen der Welt endgültige Klarheit schaffen zu können. Sie darf das auch nicht wollen. Denn wenn das die Voraussetzung des Friedens sein soll, dann wäre der Friede ad caelam graecas verflohen. Wir müssen von vornherein damit rechnen, daß die Mehrzahl der Unvollkommenheiten des Völkerlebens bei Friedensschluß bestehen bleiben werden. Es ist allerdings nur zu verständlich, daß sozialdemokratische Herzen höher schlagen in der Hoffnung, die Dinge der Welt nach ihrem Willen ordnen zu können, und daß sie keine Frage, die ihnen wesentlich erscheint, unberücksichtigt lassen möchten. Aber dieser allzubegreifliche Wunsch hat ein solches Uebermaß angenommen, daß die tatsächliche Einflussgewinnung auf den Frieden dadurch in Frage gestellt wird! Die bisherigen Stockholmer Verhandlungen sind vorbereitender Natur gewesen; und sie haben u. a. insofern eine Klärung gebracht, als sie uns einen Ueberblick verschafft haben über eine so verwirrende Menge von Einzelfragen, daß sie alle sich befriedigend nur lösen lassen, wenn man den Frieden als solchen bis auf weiteres zurückstellt, oder daß man umgekehrt den Frieden nur erzwingen kann, wenn man bei seiner Ausführung auf mancherlei sozialistische und demokratische Wünsche verzichtet lernt. Bei den künftigen Beratungen wird die Tatsache des Friedens an sich und seine Herbeiführung im Mittelpunkt stehen müssen. Der Friede ist zurzeit an sich das höchste Gut für die leidende Menschheit. Und seinerwegen werden die Parteien ihre Sonderwünsche zurückstellen und die Aufgaben der Völkerbeziehungen im einzelnen den politischen Kämpfen der künftigen Friedenszeit vorbehalten müssen.

Genosse Göhre schrieb im „Vorwärts“ vom 15. Juni einen Artikel „Stockholms größte Gefahr“, in dem er sich

gegen die Unklarheit im zweiten Teil der russischen Formel wandte: „Allgemeiner Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf der Grundlage einer freien nationalen Entwicklung aller Völker“. Und er will anstatt dessen setzen: „Allgemeiner Friede ohne Gebietserweiterungen und Kriegsschädigungen; freie nationale Entwicklung aller Völker im Rahmen desjenigen Staates, dem sie vor dem Kriege als Glieder angehörten.“ Diese Formulierung ist klarer und entsprang zugleich der richtigen Einsicht, daß man nur umso mehr Meinungsverschiedenheiten heraufbeschwört, je weiter man den Umfang der durch den Friedensschluß zu vollziehenden Neuordnungen erweitert. Aber dann sollte man lieber diesen zweiten Passus überhaupt fallen lassen. Denn auch über diese Göhrsche Auffassung der Rechte der Nationen bestehen getrennte Ansichten, die an sich vielleicht im Rechte sind, mit denen man aber nicht die Friedensarbeit belasten darf. Das erwähnte neuerliche Memorandum z. B. der tschechoslowakischen Sozialdemokratie ist in dieser Frage durchaus anderer Meinung. „Wir erklären ausdrücklich, daß wir mit der Ansicht der Delegation der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs nicht übereinstimmen.“ Sie machen dann ihre bekannten eigenen Vorschläge zur Errichtung eines tschechischen Staates. Und man muß sich kopfschüttelnd fragen: Sollen wir noch so lange auf den Frieden warten, bis zum mindesten (!) aus der Donaumonarchie ein Staatenbund oder eine freie Staatengruppe geworden ist, die alle ihre Nationen und Nationalitäten befriedigt? „Die Delegierten der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei sind sich dessen bewußt, daß der von den durch imperialistisch-kapitalistische Tendenzen geführten Regierungen hervorgerufene Krieg nur dann mit einem baldigen (!) Frieden beendet werden kann, wenn in allen (!) an dem Kriege beteiligten Staaten der erste Wille und eine gewisse (?) Sicherheit vorhanden ist, die Prinzipien einer vollständigen (!) Demokratie und des Selbstbestimmungsrechts jeder (!) Nation durchzuführen.“ Warum erklärt man nicht gar, daß man nur dann einen „baldigen“ Frieden erwarten könne, wenn sich die gegenwärtige kapitalistische Struktur des Wirtschaftslebens in eine sozialistische umgewandelt haben wird, von der wir alle überzeugt sind, daß sie die denkbar größte Gewähr für einen dauernden Frieden bieten wird? Es ist nur zu begreiflich, daß die mehr oder weniger bedrückten Nationalitäten die ansehnend günstige Konjunktur der augenblicklichen politischen Lage auszunutzen suchen. Aber es sollte nachgerade auch klar werden, daß der Versuch, alle nationalen und freirechtlichen Fragen bis zum Friedensschluß und in den Friedensverträgen endgültig zu regeln, die Einigung nur erschwert und den Friedensschluß hinauszieht, also kriegsverlängernd wirkt, ohne daß man bei ruhiger Ueberlegung erwarten dürfte, den Krieg noch solange fortsetzen zu können, bis diese Fragen insgesamt gelöst wären. Es ist schlechthin ausgeschlossen, vor Friedensschluß zu allerseits befriedigenden Ergebnissen zu gelangen. Zum mindesten müssen alle die Fragen der internationalen Friedensdiskussion entzogen werden, die nicht unmittelbar durch den Gang der kriegerischen Ereignisse aktuell geworden sind, also z. B. die österreichisch-ungarischen Fragen, die irische, flämische, die finnische Frage usw. Die polnische und tschechische Frage gehören schon eher zu den direkten Kriegsproblemen, die die Internationale interessieren müssen. Aber selbst in diesen Fällen ist eine auch nur die Sozialisten alleinseitig zufriedenstellende Klärung in absehbarer Zeit nicht zu erhoffen. Für die sozialistische Internationale steht nur eines unerrückbar fest: daß der Friede in möglichst kurzer Zeit Tatsache werden muß. Nicht theoretische Klarheit tut uns in erster Linie not, sondern Einigkeit und Wille; d. h. alle Einigkeit den Frieden zu erzwingen, auch wenn er die einzelnen Nationen nicht voll befriedigt, aber nicht die Einigkeit in den tausend Fragen des schwebenden Völkerrechts. Gewiß wird auch einige Zeit vergehen, bis die Sektionen sich zu dieser im Interesse des Friedens notwendigen

gen Beschränkung durchgerungen haben werden, z. B. die Franzosen; aber ohne Zweifel würde die andere Politik noch weit mehr Zeit erfordern, um an ihre Ziele zu gelangen, wenn man sie nicht überhaupt als zurzeit utopisch erklären will.

Es ist daher kein Wunder, daß diesen Versuchen, die Fragen der nationalen Freiheiten zu einem Gegenstand der internationalen Friedensdiskussion zu machen, von denjenigen Regierungen Vorstoß geleistet wird, die an der Kriegsverlängerung ein Selbstinteresse haben, also namentlich von England. England hat es im Laufe des Krieges leider nur zu gut verstanden, sich den Anschein zu geben, abzuzämpfen es für Belgien und Serbien und für die Nationalitäten in den deutschen, österreichisch-ungarischen und türkischen Staatenverbänden.

Die Hereinziehung der innerstaatlichen Fragen in die Friedensdiskussion bedeutet daher eine Unterstützung der Friedensfeinde England u. Frankreich. Bezüglich Eliaß-Votirings, der Wahlrechtsfragen usw. stehen alle deutschen Parteien und auch die Sozialdemokratie unverrückbar auf dem Standpunkte, daß dies Fragen sind, die ausschließlich innerhalb der Reichsgrenzen zur Verhandlung stehen, daß, wo wir uns Freiheiten erkämpfen müssen, wir sie uns selber erkämpfen, aber nicht von England schenken lassen werden. Diese Stellung haben wir konsequent auch in allen sonstigen nationalen Fragen zu vertreten. Diese sind im wesentlichen innere Angelegenheiten der betreffenden Staaten. Und so sehr es in dem einen oder anderen Falle verlockend mag, die augenblickliche Gelegenheit zu benutzen, um sie auf internationaler Wege zu lösen, so müssen wir uns dennoch sagen, daß dem Frieden damit nicht gedient ist. Er aber bildet zurzeit unsere einzige Sorge.

Da die nationalen Fragen jedoch einmal in der internationalen Politik tatsächlich eine bedeutende Rolle spielen, so müssen wir im Rahmen der Staatspolitik mit allem Nachdruck ihre Lösung anstreben. Aus der zwischenstaatlichen Friedenspolitik müssen sie auscheiden. Und so energischer aber muß im Innern jedes Staates die demokratische Neuorientierung gefordert werden. Die Notwendigkeit der Neuorientierung aus innerpolitischen Gründen hat die deutsche Regierung anerkannt. Man sollte meinen, ebenso klar zutage liegt ihre Notwendigkeit aus Gründen der äußeren Politik; die Notwendigkeit, durch sie einen schwerwiegenden Teil der gegnerischen Argumente zu entkräften; ihre Notwendigkeit also im Interesse des Friedens. Man darf getrost behaupten: die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in allen deutschen Bundesstaaten käme einer gewonnenen Sommerfrucht gleich; und eine sofortige Inangriffnahme der praktischen Neuorientierung in Deutschland und in Oesterreich-Ungarn würde uns — namentlich in Rücksicht auf Rußland, aber auch auf Frankreich — dem Frieden nahe bringen, und zwar einem Frieden, den die Mittelmächte nicht als Niederlage zu buchen brauchten.

Zusammenfassend ist zu sagen: Es wäre vielleicht angebracht, wenn die Sozialisten der Mittelmächte sich unter sich über ihr innerpolitisches Programm einigten.

Aus der Diskussion der Sozialisten der kriegsführenden Staaten dagegen, d. h. aus der Friedensdiskussion der Internationalen müssen die Fragen der Demokratie und der Völkereiheit nach Möglichkeit ausgeschieden, die Voraussetzungen der gemeinsamen Friedensaktion sind auf ein Mindestmaß zu beschränken (keine Annexionen, keine Entschädigungen). Die Fragen der Demokratie gehören nicht nach Stockholm.

In Stockholm darf es sich im wesentlichen künftig um nichts weiter handeln als um den nackten Frieden und seine Verwirklichung. Eine Internationale, die die Kraft entwickelt, den Frieden zu erzwingen, deren Sektionen dürften auch die Kraft haben, u. a. die staatsrechtliche, wirtschaftliche Neugestaltung der Dinge dauernd in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Rudolf Schwandt.

Ein kleiner Schritt auf dem Wege der Klärung.

Gleiches Wahlrecht in Preußen. — Demission des preußischen Gesamtministeriums. — Bildung eines Staatsrates im Reiche?

Ein gestern mittag zusammengetretener Kronrat — an dem auch auf Befehl des Kaisers der Kronprinz teilnahm, weil es sich um Fragen handelt, die über die eigene Regierungszeit des Kaisers hinausreichen — hat ein Resultat erzielt, das als erster Schritt auf dem Wege der Klärung der innerpolitischen Krise bezeichnet werden muß. Es handelt sich um die

Umgestaltung des preußischen Wahlrechts. Bekanntlich war in der Osterbotschaft lediglich die Rede vom direkten und geheimen Wahlrecht; das gleiche Wahlrecht stellte in dieser Ankündigung, was seinerzeit zu verschiedenen kritischen Bemerkungen Anlaß gab. Nunmehr ist

das Versäumte nachgeholt worden. Eine amtliche Mitteilung aus Berlin besagt:

Seine Majestät der König hat an den Präsidenten des Staatsministeriums den folgenden Erlass gerichtet:

Auf den Wirt in Befolgung Meines Erlasses vom 7. April dieses Jahres gehaltenen Vortrag Meines Staatsministeriums bestimmte Ich hierdurch in Ergänzung des Beschlusses, daß der dem Landtage der Monarchie zur Beschlußfassung vorzuliegende Gesetzentwurf wegen Abänderung des Wahlrechts zum Abcord-

neinhaus auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts aufzustellen ist. Die Vorlage ist jedenfalls so frühzeitig einzubringen, daß die nächsten Wahlen nach dem neuen Wahlrecht stattfinden können.

Jah beauftrage Sie, das hiernach Erforderliche zu veranlassen.

Großes Hauptquartier, 11. Juli 1917. Wilhelm Reg.

Gegengezeichnet: Bethmann Hollweg.

An den Präsidenten des Staatsministeriums.

Eine offiziöse Notiz der „Nordd. Allgem. Zeitung“ sagt hierzu:

„Der Erlaß schafft über die Frage des preußischen Wahlrechts volle Klarheit. Die in der Osterbotschaft zunächst offen gelassene Frage, ob die Reformvorlage neben dem direkten und geheimen Wahlverfahren ein Muralwahlrecht oder das gleiche Wahlrecht vorzuziehen habe, ist nunmehr im letzteren Sinne entschieden worden. Damit ist dem Staatsministerium, nachdem es Seiner Majestät dem Königs den besprochenen Vortrag gehalten hat, ein bestimmter Weg für die Aufstellung der Vorlage vorgezeichnet worden, über die der Landtag zu beschließen haben wird. Indem der König in freier Entschliegung seinen Willen kundgibt, bekräftigt er in weitestmöglicher Weise sein festes Vertrauen in unser Volk, das so Glanzendes vollbracht, dem so Gewaltiges auferlegt ist. Es ist ein Akt von entscheidender Bedeutung für Preußen und Deutschland, den Seine Majestät mit der Zeidnung des Erlasses vollzogen hat. Daß dieser Akt, der aus dem gewaltigen Krieg die notwendigen Folgerungen zieht, für Krone und Volk von dauerndem Heil werde, ist unsere feste Zuversicht.“

Der erste Schritt ist nunmehr vollzogen, nachdem die maßgebenden Stellen die zweifellos heftigen Widerstände gegen denselben überwunden haben. Die Lösung dieser Frage hat, wie wir erfahren, dazu geführt, daß das

preußische Gesamtministerium mit Bethmann-Hollweg an der Spitze seine Entlassung eingereicht

hat. Darauf führt offenbar das Gerücht zurück, der Reichskanzler habe demissioniert, was bisher nicht richtig ist. Die Durchführung der Wahlreform gegen das Dreiklassenparlament mit seiner konservativen Mehrheit und gegen das preußische Herrenhaus wird freilich nicht leicht sein, aber dem festen Willen der neugegründeten Regierung muß sie gelingen. Sie muß nur von vornherein den Mut haben, alle Beschränkung der Press- und Versammlungsfreiheit aufzuheben, die den Wahlrechtskampf des Volkes beeinträchtigen könnten.

Im übrigen ist die innerpolitische Lage noch immer ungeklärt. Der Uebergang zum Parlamentarismus bereitet den in Frage kommenden Stellen großes Kopfzerbrechen. Ein verantwortliches Reichsministerium würde den Bundesrat lahm stellen und damit die deutschen Einzelstaaten ihren Einfluß auf die Führung der Reichsgeschäfte berauben. Das bedingt entweder umfangreiche Verfassungsänderungen, die durch den Widerpruch von 14 Stimmen im Bundesrat abgewiesen werden könnten — und diese 14 Stimmen finden sich. Oder die Parlamentarisierung beschränkt nur als Kriegesmaßnahme in der Uebersetzung einiger wichtiger Reichsämter an Parteiführer — dann kann nach dem Kriege wieder alles in den alten Zustand der Einflüßlichkeit des Volkes zurückkehren. Aus diesem peinlichen Dilemma muß man einen Ausweg durch

Bildung eines Staatsrats von etwa 15 Parteiführern, der in täglicher Arbeit mit der Reichsleitung den Einfluß des Volkes auf die Reichsgeschäfte zur Geltung bringen soll. Als Zwischenstufe und Uebergangszustand ließe sich davon reden, wenn dieser Staatsrat mit so weitgehenden Rechten ausgestattet wird, daß er wirklich die Entscheidung über die großen politischen Aktionen des Reiches in Händen hat.

Was aus dem Reichskanzler wird, ist noch nicht zu sagen. Heute scheint es, als ob die Kut der Altpreußen, mit der sie ihn kürzen wollen, am Wilow oder einen ähnlichen General an seine Stelle zu setzen, ihn retten wird. Hier wie in allen anderen Fragen muß nun endlich Klärung Klarheit kommen.

Der Bundesratsausfluß für auswärtige Angelegenheiten.

Das „Berliner Tageblatt“ weiß zu melden, daß der bayerische Ministerpräsident Graf Hertling, der plötzlich seinen Sommerurlaub unterbrochen hat, als Vorsitzender des Bundesratsausflußes für auswärtige Angelegenheiten in den nächsten Tagen nach Berlin kommt, um, wie hier verlautet, den Bundesratsausfluß einzuberufen. Hertling wurde am Mittwoch vormittag vom bayerischen König in einer längeren Audienz empfangen.

Die Situation im Reichstage.

Im Reichstage herrscht auch am Mittwoch wieder äußerst reges Leben. Dem „Tageblatt“ zufolge sind die Diskussionen mit ihren Beisprechungen fertig. Der Wortlaut der Friedensvorbereitung sei festgestellt, und die Mehrheit habe sich entschlossen zu sein, auch ohne die Nationalliberalen ihren Reg fortzusetzen, da für die geplante Aktion auch so eine Mehrheit vorhanden sei. Diese Mehrheit dürfte sogar eine sehr hartnäckige werden, da mit dem Anschluß eines Teiles der Deutschen Fraktion (in Frage kommen hauptsächlich die sächsischen Gewerkschaften) sowie der Polen, Esten, Dänen und Welfen gerechnet werden könne. Auch werden etwa 15 Mitglieder der Nationalliberalen mit den Mehrheitsparteien vereinigt sein. Es behauptete sich auch, daß die von dem internationalen Ausschuss vorgetragene Friedensresolution den Hauptausfluß nicht beschäftigen, sondern als Antrag sofort an das Plenum gebracht und zur namentlichen Abstimmung gestellt werden soll.

Die Friedensvorbereitungen der Nationalliberalen.

Im offiziellen Organ der Nationalliberalen Partei, der „Nationallib. Correspondenz“, wird jetzt die Stellung der nationalliberalen Partei zu der vom Reg. Erzberger vorgelegenen Friedensvorbereitung dargelegt. Es wird darin gesagt, daß die Nationalliberalen Partei unter allen Umständen einen Siegesfrieden erstrebe. Sie erkenne den Standpunkt des Verteidigungsstrategie an, sehr sehr aber dafür ein, daß dieser Verteidigungsstrategie aus politischen, militärischen und wirtschaftlichen die nötigen Sicherungen für die Zukunft sichergestellt werden. Wie die nationalliberalen Partei von einem

schwächlichen Verzichtsfrieden nichts wissen wolle, so lehne sie es auch ab, unsere künftige Sicherung internationalen Vereinbarungen und Gerichtshöfen anzuerkennen. Lediglich die ungeschwächte Erhaltung unserer militärischen Wehrkraft sichere den Fortbestand des Deutschen Reiches. Die nationalliberalen Reichstagsfraktion habe in voller Uebereinstimmung mit der Partei es abgelehnt, sich der Kriegszieleklärung anzuschließen, die Herr Erzberger entworfen hat. Welche weiteren Folgen die Ablehnung der nationalliberalen Reichstagsfraktion haben wird, müsse die Zukunft lehren.

Der Notzfrei nach dem preußischen Adel.

Die Konservativen stehen befanntlich abseits der Neuorientierung. Ihr ganzes Verhalten charakterisiert sich in nachstehendem Aufruf, den ein „alter Freund“ der „Kreuzzeitung“ diesem Blatte zum Abdruck gesandt hat. Er lautet:

„Das Vaterland ist in Gefahr! Gewiß vermögen unsere Feinde dem Schwerte Hindenburgs und seiner Getreuen, dem Wagnerte unweiger tapferen Blaujaden nicht standzuhalten. Aber, zur ewigen Schmach und Schande muß es gesagt werden, sie finden bewußte und unbewußte Bundesgenossen in solchen, die den deutschen Namen tragen und innerhalb der deutschen Landesgrenzen wohnen. Der Siegeswille des deutschen Volkes wird in dieser schwersten Schicksalsstunde des Vaterlandes, wo man in der ganzen Welt auf seine Verunsicherung starrt, geschwächt, und an den bewährten Grundlagen unseres Staatswesens wird — zur maßlosen Freude unserer Feinde — gerüttelt. Preußen-Deutschland steht vor dem Abgrunde! Wo bleiben in dieser Stunde die Söhne derer, welchen der preußische Staat und damit das gesamte deutsche Vaterland so viel zu verdanken hat? Wo bleibt der preußische Adel? Wäre es nicht jetzt seine Pflicht, das gesamte treue Preußenvolk aus allen Ständen zur Sammlung aufzurufen und zum Widerstande dagegen, daß das Preußen des großen Friedrieh, das Deutsche Reich Wilhelms des Unvergesslichen und seines großen Kanzlers von der Bildfläche verschwindet? Soll denn das viele kostbare Blut umsonst geflossen sein? Nicht zur Verteidigung von angeblichen oder wirklichen Rechten soll der preußische Adel aufgerufen werden, sondern zur Erfüllung seiner geschichtlich begriündeten Pflicht gegenüber dem Vaterlande. Darum noch einmal: „Wo bleibt der preußische Adel?“

Ein Preuße aus dem Westen.“

Der Aufruf klingt wie ein Aufruf aus längst vergangener Zeit. Wo ist der Adel, der sich der neuen Zeit entgegenwerfen soll? Vielleicht ist er in den vordersten Schützengraben!

Eine Atempause

kann das Stöcken der parlamentarischen Geschäfte schon nicht mehr genannt werden. Aber Hakt wäre unziemlich, wenn es sich um große Dinge handelt und so will auch die Volksvertretung dem Reichskanzler und dem Kaiser es nicht verargen, wenn sie für ihre Entschlüsse Zeit brauchen. An der ursprünglichen Tagesordnung der gestrigen Reichstagsitzung konnte auf keinen Fall festgehalten werden. Die Erörterung der äußeren und inneren Politik und die Kreditvorlage können vernunftgemäß erst dann in Angriff genommen werden, wenn die Grundlagen dieser Politik festgestellt sind. Die Konservativen veruchten sich in einem demagogischen Kniff. Sie beantragten, die Erledigung der Kreditvorlage nicht von irgendwelchen Bedingungen abhängig machen zu wollen. Scheidemann und Pauger deckten den Kniff auf und hatten die Lacher auf ihrer Seite, als sie die Konservativen darauf aufmerksam machten, daß sie vor acht Tagen selber die Zurückweisung der Kreditvorlage bis zur Erledigung der Debatte über die äußere und innere Politik beantragt hätten. Nur die Antipoden der Konservativen, die Unabhängigen, leisteten ihnen auch bei dieser Gelegenheit Gefolgschaft. Das Bestreben verläßt, hält Haack immer für richtig und zwar im Namen des Prinzips. Wie man mit dieser gänzlich unverständlichen Taktik die Massen erobern will, bleibt das Geheimnis der Unabhängigen. Die Kreditvorlage wurde also mit großer Mehrheit abgelehnt und statt dessen zwei kleine Vorlagen glatt erledigt. Die erste behandelt die Gefangenenaufzucht. Hier erklärte sich Genosse Davidsohn für unsere Fraktion mit der Tendenz der Vorlage für einverstanden, hielt aber Änderungen für notwendig. Eine Kommission von 21 Mitgliedern wird sich mit der Vorlage zu befassen haben. Gleichfalls an einem Ausfluß und zwar an den für Handel und Gewerbe wurde das Gesetz für die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte verabschiedet, das den Revidierten Staatsunterstützung für den Wiederbau der Kaufahrtsflotte bewilligen will. Aus der Begründungsrede des Staatssekretärs Dr. Helfferich sei die Tatsache hervorgehoben, daß von den 5 Millionen Tors, die die deutsche Handelsflotte vor dem Kriege hatte, über 2 Millionen entweder direkt in feindliche Hand gefallen sind, oder doch stark gefährdet erschienen. — Die heutige Sitzung schloß aus. Am Freitag stehen wieder unbedeutendere Gegenstände auf der Tagesordnung. Man rechnet jetzt mit Beharrlichkeit darauf, daß am Samstagabend die epochale Sitzung sein wird.

Die Kriegslage.

Rachden die deutschen Marinetruppen am 10. Juli 5 Uhr abends die Engländer zwischen der Küste und der Straße von Brest bis zum Ärmelkanal unter schweren englischen Beschüssen an Land und Gefangenem über die Meer zurückgeworfen hatten, flaute die Artillerietätigkeit in Flandern während der Nacht ab. Nur in der Gegend von Westschelde war das Feuer in der Nacht geblieben. Unsere Flieger besetzten Sahagore hinter der Front und Schlenkenanlagen bei Kiepport mit Bomben. — In der Arrasfront und im Raume von St. Quentin an einzelnen Abschnitten lebhaftes Artilleriefeuer. In der Lisse nur in der Gegend von Craonne zeitweise lebhaftes Artilleriefeuer. In der Nacht zum 11. Juli griffen unsere Flieger feindliche Lager, Örtlichkeiten und Anlagen hinter der Front mit Bomben und Rauchgasen an. In der Champagne führten wir verblühende erfolgreiche Patrouillenunternehmungen durch. In der Nacht zum 10. Juli drangen nach kurzem Generalsturm Stoßtrupps in die Gräben nördlich von Reims ein und befreiten mit einer größeren Zahl Gefangener und Beute zurück. Eine andere Patrouille löste südlich von Vandœuvre das Feuer in den fast befestigten Gräben empfindliche Verluste zu. In der Nacht zum 11. Juli machten unsere Patrouillen südlich von Tournay und nördlich von Sedan Gefangene. Zwischen Reims und Avesnes war die Gefechtstätigkeit gering. In der Lignyfront: Front herrliche, abwechselnd von einem leichten feindlichen Stoßtrupp, angegriffen.

In der russischen Front war die Gefechtstätigkeit am 10. Juli geringer. In der Gegend von Stanislaw führte der Russe nur zögernd an unsere neu eingenommene Linie heran. Er besetzte den geräumten Flecken Saitz. Ueberraschende Bomben in der Gegend von Kosmarz wurden abgewiesen. Das russische Feuer war nur in der Gegend von Brzegany-Konjuch und an der Bahn Lemberg-Brod gegen Abend geblieben. An der übrigen Front hielt sich die feindliche Artillerietätigkeit in mäßigen Grenzen. Nur in der Wolbau war das feindliche Feuer lebhafter. Im Sereth-Bogen, bei Corbul und Zundeni schanzte der Gegner eifrig.

In der mazedonischen Front unternahmen feindliche Flieger wiederholt Bombenangriffe auf eines unserer dortigen Feldlazarett.

WEW. Berlin, 11. Juli, abends. (Amtlich.) Im Westen vielfach gesteigerte Artillerietätigkeit.

Im Osten stehen südlich des Dnjestres deutsche und österreichisch-ungarische Truppen an der Donnica wieder in Gefechtsführung mit den Russen.

Wien, 11. Juli. (Amtlich.) In den Karpathen hält die regere Gefechtstätigkeit an. Südlich des Dnjestres wurden die Bewegungen der verbündeten Truppen ohne Störung durch den Gegner vollzogen. Sonst nichts von Bedeutung.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Am Isonzo gewinnt das feindliche Geschützfeuer stellenweise an Stärke.

Südöstlicher Kriegsschauplatz. Unverändert.

Frankreich und Belgien.

Die gegnerischen Heeresberichte.

Fransösischer Bericht vom 10. Juli. Gestern abend nahm die feindliche Beschließung auf verschiedenen Abschnitten der Aisne-Front eine gewisse Heftigkeit an. Vertikal begrenzte Angriffe auf unsere Gräben nördlich der Mühle von Laffay und südlich von Willes scheiterten in unserem Feuer. Weiter östlich schloß der Feind gegen 9 Uhr 30 unermutet einen heftigen Angriff auf die Stellung am Dental bei Hurtebise und am Drachen an. Die Angriffswellen konnten unsere Linien nicht erreichen und lösten sich, nachdem sie schwer gelitten hatten, auf. Handstreich gegen unsere vorgeschobenen Posten südlich Corbony und nördlich Courcy im Abschnitt Auberde und in Richtung auf den Corrieres-Wald zu kosteten dem Angreifer Verluste, ohne anderes Ergebnis. Der Feind ließ eine gewisse Zahl Gefangener in unseren Händen. Sonst verlief die Nacht überall ruhig.

Englischer Bericht vom 10. Juli. Letzte Nacht rückten wir unsere Linie östlich Ostaverne leicht vor. Südlich des Ypern-Comines-Kanals führten wir einige erfolgreiche Streifen aus. Bei diesen Unternehmungen machten wir einige Gefangene.

Nach Meldung kleinerer Streifzüge sagt General Hag: Die feindliche Artillerie war den ganzen Tag über gegen unsere Stellungen an der Küste sehr tätig. Gegen Abend erreichte ihr Feuer große Stärke. Unsere Artillerie erwiderte kräftig. Schlechtes Wetter verhinderte die Fliegerunternehmungen.

Rußland.

Russischer Bericht

vom 9. Juli. Westfront: In Richtung Zloczow, südlich Brzegany, gegenseitige Artillerietätigkeit. In der Richtung Bolinsk griffen am 8. Juli gegen Mittag die Truppen des Generals Kozniow nach Artillerievorbereitung die besetzten feindlichen Stellungen westlich Stanislaw auf der Front Jasmtca-Zagmod an. Nachdem sie die vorgeschobene Hauptstellung des Feindes durchstochen hatten, drangen unsere Truppen kämpfend vor und besetzten sich der Stadt Jesupol und der Dörfer Hlorjow, Kamelische, Rybak und der Station Lyssej. Die Kavallerie, die zur Verfolgung des zurückweichenden Feindes angekehrt wurde, erreichte den Lutowica-Bach. Die Siegesbeute des Tages beträgt 131 Offiziere, 7000 Soldaten, 48 Geschütze, darunter 12 schwere, und viele Maschinengewehre. Kaukasus-Front: Unter dem Druck der Türken zogen unsere Truppen Feindjain auf Hanglin und Kasridjirin, die von unseren vorgeschobenen Beobachtungsposten besetzt worden waren, wurden gleichfalls aufgegeben. — Flugwesen: Unsere Flieger warfen Bomben auf den Bahnhof und die Stadt Pinski, wo sie Brände hervorzuriefen. Ein feindliches Jagdgeschwader unternahm einen nächtlichen Flug nach Düna-burg und warf einige Duzend Bomben ab.

Die Geheimverträge.

Die russische Regierung läßt jetzt erklären, daß die Geheimverträge nicht veröffentlicht werden. Sie würden ja geändert werden, hätten also keine Bedeutung mehr.

Die provisorische Regierung gegen den Soldatenrat.

Die provisorische Regierung bezieht an der Front eine lebhaft Agitation gegen den Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat. Nach Petersburger Nachrichten zeitigte diese Agitation Erfolg. Die 12. Armee veröffentlicht folgenden Aufruf: Unsere Delegierten sahen in Petersburg eine Menge von Maschinengewehren, die unnütz herumstehen, und Zehntausende von Soldaten, die spazieren gehen. Wir fordern energisch ihre unmittelbare Entsendung an die Front als Verstärkung. Der Aufruf richtet sich besonders gegen die in Petersburg stehenden Bolshewickregimentier. Regierungsagitatoren reizen Soldaten zum Stoßschlag gegen den Frontsoldaten Abdukat Sokolow auf, der den bekannten Aufruf der Bolshewicks an die Armee zur Auflösung aller Ordnung abgefaßt hat.

Der Hafen von Odesa blockiert.

Von der russischen Grenze wird geschrieben: „Rukhoje Slowo“ berichtet aus Odesa, daß bei dem letzten überraschenden Vorstoß feindlicher Seestreitkräfte im Schwarzen Meer einige feindliche Einheiten bis zur Reede von Odesa vorgebrungen waren und hier zahlreiche Minenfelder angelegt haben. Der Hafen von Odesa ist durch diese Minenfelder vollständig blockiert. Bei dem Versuch, die Minenfelder zu zerstören, fanden das Torpedoboot „Georgius I“ und ein in Odesa stationierter Minensucher ihren Untergang. Ferner geriet ein von Sebastopol nach Odesa fahrender Regierungsdampfer, der die Post an Bord hatte, in dieselben Minenfelder und versank. Feindliche Flotteneinheiten, die seit längerer Zeit im Schwarzen Meer nicht mehr sichtbar geworden waren, tauchen wieder in überraschender Weise an der russischen Küste auf. Kören die Handelschiffahrt empfindlich und beschließen einzelne Küstenpunkte. Das Wiederauftauchen des Kreuzers „Breslau“ („Mitschill“) hat in Odesa größte Ueberraschung hervorgerufen, da man allgemein der Ansicht war, daß dieses Fahrzeug vor elf Monaten auf eine Mine gelaufen und gesunken war. Auch feindliche Unterseeboote werden wieder in zunehmender Zahl sichtbar. Der Seetransport von Baku nach Odesa ist vollkommen lahmgelegt.

England.

Wahl eines Sinnfeiners.

Bei der Ergänzungswahl in Galt Clairs (Irland) wurde der Kandidat der Sinnfeiner, de Valera, mit 5010 Stimmen gewählt. Der Nationalist Lynch erhielt 2035 Stimmen.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Sozialistenkonferenz der Alliierten.

Aus London wird gemeldet: Das Vollzugskomitee der Arbeiterpartei hat seinen Vertretern in der englischen Abteilung des internationalen Sozialistenbureaus aufgetragen, für die Einberufung einer Konferenz der sozialistischen Parteien in den alliierten Ländern zu stimmen.

Vorbereitung einer sozialistischen Konferenz in Petersburg.

Aus sozialdemokratischen Kreisen erhält die „Wiener politische Rundschau“ folgende Meldung: „Der Stockholmer Konferenz wird von russischer Seite kein praktischer Erfolg vorausgesetzt. Deshalb verfolgt die russische Sozialdemokratie den Gedanken weiter, eine selbständige Konferenz in Petersburg zu veranstalten, deren Vorbereitung die Reise der russischen Delegierten nach London dient. Beachtenswert ist, daß die russischen Delegierten an der sozialistischen Exekutivkonferenz in London nur als Gäste teilnehmen werden. Man deutet dies dahin, daß die russischen Sozialisten einer geschlossenen Aktion der Entente-Sozialisten ablehnend gegenüberstehen, und einer Majorisierung durch die sozialistischen Parteien der Westmächte vorbeugen, sich für alle Fälle aber freie Hand wahren wollen.“

Politische Rundschau.

Deutschland.

Eine Kiefersundgebung in Köln.

In Köln fand am Sonntag nachmittag unter gewaltiger Teilnahme eine Volkskundgebung statt, die zu den gewaltigsten Ernährungschwierigkeiten Stellung nahm. Den großen Defizit füllten allein etwa 2500 Personen; Hunderte standen noch dicht gedrängt in den Gängen, große Scharen mußten schon eine halbe Stunde vor Beginn der Versammlung umkehren, da die Polizei das Gebäude abgesperrt hatte. Eine Parallelversammlung von etwa 1500 Personen war gleichfalls überfüllt. Die Genossen Redakteur Söllmann und Gewerkschaftssekretär Haas besprachen die brennenden Fragen und die gewerkschaftlichen Forderungen der Arbeiter unter stürmischem Beifall; in heftigen Zwischenrufen fand die Stimmung der Massen bezeichnenden Widerhall. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wird die möglichst reifliche Erfassung der diesjährigen Ernte unmittelbar nach der Ernte gefordert. Zu diesem Zweck ist die entsprechende Durchführung der Verordnung auch auf dem Lande erforderlich, ebenso die Beseitigung aller in der preussischen Staats- und Gemeindebürokratie liegenden Hindernisse. Die Versammelten fordern die Mitwirkung von Vertretern der Arbeiterklasse in ausreichender Zahl und Mitbestimmungsrecht in allen Körperschaften des Staates, der Provinz, der Kreise und der Gemeinden; sie erklären, weder für Annexionen noch für zweifelhafte Entschädigungen darben zu wollen. Die gefährdete Volkskraft erheischt einen baldigen Frieden der Verständigung. Weiter werden Forderungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter, Angestellte und Beamten gestellt. — Die Kundgebungen waren, im Gegensatz zur sonstigen Übung in der Festungsstadt Köln, überhaupt nicht polizeilich überwacht. Einige Polizisten regelten den Verkehr, als die Massen nach Schluß in losen Zügen den Vororten zuströmten. Es kam zu keinerlei Zwischenfällen.

Entschädigung für die Kriegseinsparungen der Gemeinden.

Mehrfach ist im Reichstage schon kritisiert worden, daß für die Kriegseinsparungen der Gemeinden außerordentlich spät Entschädigung gewährt wird. Am meisten leiden darunter eine Anzahl Gemeinden in den Reichslanden, und zwar deshalb, weil gerade dort die Einquartierungen einen besonders großen Umfang angenommen haben. Von einigen elsässischen Abgeordneten ist dieser letztere Umstand zum Gegenstand einer Anfrage gemacht worden, auf die nunmehr eine sehr umfangreiche Antwort erteilt wird. In ihr wird die Tatsache der Verzögerung selber zugegeben, aber damit entschuldigt, daß sich der Schriftwechsel zwischen den Verwaltungsbehörden und den Truppenteilen außerordentlich umfangreich und zeitraubend gestaltet. Die Regierung hat deshalb dem Statthalter von Elsaß-Lothringen eine Anzahl Beamte zur Verfügung gestellt, ohne daß aber damit die Klagen restlos beseitigt werden könnten. Um der dringenden Not abzuhelfen, sind einer Anzahl Gemeinden, die besonders stark in Anspruch genommen wurden, Vorstöße auf Quartiervergütungen aus Landesmitteln bewilligt worden und zwar bis zum 15. Juni 1915, im ganzen an 233 Gemeinden im Gesamtbetrag von 2 756 000 Mark. Die Summe der seit Kriegsbeginn zur Auszahlung gelangten Beträge beläuft sich auf rund 67 Millionen Mark. Der Reichsfinanzler scheidet zu, in jeder Weise bestrebt zu sein, auf eine Behebung der Schwierigkeiten hinzuwirken.

Ans Lübeck und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 12. Juli.

Staatsgelder für alldeutsche Annexionspropaganda. Nach dem amtlichen Protokoll lag dem Bürgerausschuß gestern ein Senatsantrag vor, der verlangt, daß der Deutsch-Baltischen Gesellschaft in Berlin ein Betrag von 10 000 Mark aus dem Senate durch Rat- und Bürgerbeschluß vom 18. Dezember 1914 zu Kriegszwecken zur Verfügung gestellter Mitteln (1 000 000 Mk.) bewilligt werde. Es heißt dann weiter: Auf Antrag Löwig wurde beschloffen die Verhandlungen des Senatsantrages bis zur nächsten Versammlung auszusetzen.

Dieser Senatsantrag steht auf den ersten Blick recht unschuldig aus. Wer die Bestrebungen der Deutsch-Baltischen Gesellschaft nicht kennt, wird meinen, daß hier, wie so oft, einer gemeinnützigen Vereinigung eine allerdings recht hoch bemessene Beihilfe im Interesse nachdringender oder bedrängter Volksteile zufließen werden soll.

Der amtliche Kriegsbericht.

W.B. Großes Hauptquartier, 12. Juli. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Der Angriff der Marine-Infanterie am 10. Juli stellt einen schönen großen Erfolg dar. Der Feind hat Gegenangriffe nicht zu führen vermocht.

Die Kampfstärke der Artillerie war gestern in Flandern, vor allem südlich von Ypern, an der Artoisfront, bei Lens und Bullecourt gesteigert.

Mehrere Erkundungsunternehmen wurden von uns erfolgreich durchgeführt. Bei Wronch hielten Stoßtrupps eines kanadischen Regiments unter wirkungsvoller Mithilfe von Flammenwerfern eine Reihe englischer Gräben, aus denen eine größere Zahl von Gefangenen zurückgebracht wurde.

Front Deutscher Kronprinz

In der West-Champagne und auf dem linken Maasufer entwickelten sich im Laufe des Tages heftige Feuerkämpfe.

Einige Ausflüchtigungsgefechte endeten günstig.

Front des Generalleutnants Herzog Albrecht von Württemberg.

Nichts Wesentliches.

Deutscher Kriegsschauplatz.

Seeresfront des Prinzen Leopold von Bayern.

Wieder war bei Riga, Smorgon und Karanowitz die Feuerstätigkeit lebhaft. Auch bei Lda und auf dem östlichen Kampffelde schloß sie zeitweilig zu erheblicher Stärke an.

An der Schischara wurden russische Jagdtruppen, am Stachob, südlich von Kowel, feindliche Teilangriffe zurückgewiesen.

Zwischen dem Dnjester und in den Karpathen kühnten die Russen mit gemischten Abteilungen gegen die Lomniza-Stellung vor. Bei Kalmecj erreichten Verbände des Westufer des Flusses.

Mazedonische Front.

Nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

In Wirklichkeit liegt die Sache jedoch ganz anders. Diese Deutsch-Baltische Gesellschaft verfolgt nämlich absolut keine gemeinnützigen Zwecke; es handelt sich im Gegenteil um eine politische Organisation, die parallel mit den Alldeutschen für weitgehende Eroberungspläne Propaganda machen soll.

Nach einem Artikel, den der Landgerichtsrat Schrader am 18. Mai in den „Lübeckischen Anzeigen“ veröffentlichte, gilt es den Erwerb der russischen Ostprovinzen durch Deutschland. „Land-erwerb ist unser Kriegsziel.“ „Für dieses wichtige Ziel zu weihen, hat sich unter der bewährten Führung des Herzogs Johann Albrecht von Mecklenburg eine Deutsch-Baltische Gesellschaft gebildet“, sagt Herr Schrader wörtlich, und diese Gesellschaft ist es, die jetzt aus den Mitteln der Lübecker Steuerzahler unterstützt werden soll.

In Lübeck wurde am 6. Juni unter Mitwirkung zweier auswärtiger Herren eine Ortsgruppe der Deutsch-Baltischen Gesellschaft gegründet und in der betr. Versammlung ebenfalls nachdrücklich „auf die Notwendigkeit neuen Siedlungslandes hingewiesen. Der Senat hatte — merkwürdigerweise! — vier Mitglieder, nämlich Dr. Fehling, Dr. Reumann, Dr. Siemann und H. Ehrenburg, „zur Förderung dieser Angelegenheit bestimmt.“ Manche Leute, die der vielleicht altmodischen Ansicht sind, daß die Förderung einer bestimmten Annexionspolitik nicht zu den Aufgaben der Regierung unseres kleinen Bundesstaates gehört, wird das sehr bejammert haben.

Solang die Herren die Propaganda für ihre Eroberungspläne, die wir für friedenshindernd und auch sonst für unser Land für gefährlich halten, aus ihrer eigenen Tasche zu bezahlen geneigt waren, machten sie nur von einem Recht Gebrauch, das wir niemand verübeln möchten, auch wenn wir keine Handlungen als verkehrt und jeder politischen Einsicht entbehrend betrachten müssen.

Die hiesigen Deutsch-Baltischen Gesellschaften, die nur den zahlungsfähigen Kreisen angehören, haben aber sehr bald begehrtliche Blicke nach dem Staatsäckel geworfen. Und der Senat ist bereit, ihnen daraus mit vollen Händen zu geben. Gleich zehntausend Mark sollen sie erhalten, damit sie ihre Annexionspropaganda mit Nachdruck betreiben können.

Hat Lübeck denn so viel überflüssiges Geld? Wir glauben kaum. Man sollte sich deshalb auf die notwendigsten Ausgaben beschränken. Am Ende rechnet der Senat diese Subvention der Eroberungspolitik dazu. Die große Masse der Bevölkerung sicherlich nicht. Nun sollen die 10 000 Mark aber nicht aus den Mitteln des Haushaltes, sondern aus den für Kriegszwecke bereitgestellten Mitteln entnommen werden, die hauptsächlich zur Eindämmung der Kriegswirtschaft dienen sollen, aber wohl nicht für Kriegseroberungspropaganda. Das hat für den Senat den Vorteil, daß die Bürgerschaft kein Mitbewilligungsrecht und somit auch nichts darüber zu sagen hat. Wir halten das aber für dringend erforderlich, daß gerade in öffentlicher Bürgerhaushaltung mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden kann, wie man über diese Bewilligung von Staatsgeldern an bestimmte politische Organisationen denkt und ob das Lübeckische Parlament gewillt ist, solche neuen Wege mit zu beschreiten.

Die überwältigende Mehrheit unserer Bevölkerung und der Steuerzahler verurteilt die Pläne der Annexionsisten. Sie teilt auch die Meinung des Reichsfinanzlers, daß der alldeutsche Mangel an politischer Einsicht schon im Frieden sich störend bemerkbar gemacht hat und jetzt im blutigsten aller Kriege ins Größte gestiegen ist. Darum weist sie es mit aller Entschiedenheit zurück, daß Staatsgelder, die auch von ihren Steuergrößen mit ausgebracht werden oder vergütet werden müssen, für die Propagierung von bestimmten Eroberungszwecken verwendet werden sollen.

Gerade in der jetzigen Zeit, wo sich im Reich starke Kräfte für die Herbeiführung eines Friedens der Verständigung regen, muß ein solcher Senatsantrag, der das Gegenteil bezweckt, doppelt peinlich wirken.

Zur Versorgung der Bevölkerung mit Feuerungsmaterial. In früheren Jahren beschäftigte man sich um diese Zeit — mitten im Sommer — wenig mit der Frage: „wie verjorge ich mich für den kommenden Winter mit dem notwendigen Feuerungsmaterial?“ Jeder wußte, daß Kohlen, Koks und Holz in ausreichendem Maße vorhanden und zu bekommen waren. Im dritten Kriegswinter ist das leider anders geworden. Die Leute, die sich nicht rechtzeitig und ausreichend einkaufen konnten, mußten in kalter Bitterung im Freien oft stundenlang warten, bis sie einen Zentner des so sehr begehrten Heizungsmaterials, das sie noch selbst mit primitiven Mitteln heranzufinden mußten, erhielten. Das hat begrifflichen Unwillen erregt, aber die Behörden nicht veranlaßt, rechtzeitig für eine bessere Regelung dieser Angelegenheit im laufenden Jahre zu sorgen. Wiederholt ist in der Bürgerschaft und im Bürgerausschuß besonders von sozialdemokratischer Seite verlangt worden, daß entsprechende Maßnahmen angeordnet würden, aber bisher hat man nichts von solchen gehört. Wohl hat in dieser Woche von sich aus eine hiesige Firma nach Rücksprache mit Arbeitervertretern Einrichtungen geschaffen, die es der Bevölkerung ermöglichen, an mehreren Plätzen der Stadt bis zu drei Sack Koks zu erhalten, darunter auch einen Sack geschlagenen Koks oder Briketts, aber von den anderen größeren Feuerungsmaterialhandlungen hat man bisher nicht erfahren, daß sie diesem Vorhaben zu folgen beabsichtigen. Nun ist aber mit der Tatsache zu rechnen, daß nach dem Inkrafttreten der Kohlensteuer und der Verbrauchssteuer am 1. August der Zentner Koks um 40 bis 45 Pfg. im Preise steigen wird. Das muß gerade die minderbemittelten Volksschichten veranlassen, sich noch vor diesem Zeitpunkt soviel als möglich mit Koks zu versehen und dazu muß ihnen ausstehende Gelegenheit geboten werden. Weiter muß behördlicherseits die Anordnung erfolgen, daß auf die bei den Feuerungshändlern lagernden Kohlen- und Koks mengen, die nicht von den neuen Steuern betroffen werden, kein unbegründeter Aufschlag erfolgen darf. Endlich muß hier in Lübeck der im Gesetz über die Kohlensteuer vorgesehenen Vergünstigung für den Hausbrand in den kleinen Wohnungen Geltung verschafft werden. Der Bürgerausschuß nahm denn auch gestern folgenden Antrag Henze an: „Der Bürgerausschuß ersucht den Senat, entsprechend dem § 6 des Kohlensteuergesetzes vom 8. April 1917 Einrichtungen zu treffen, die den Inhabern von Kleinwohnungen den Bezug von Hausbrandkohlen verbilligen. — Jedenfalls muß alles geschehen, um die ausreichende Feuerungsmaterialversorgung auch der Minderbemittelten in Lübeck sicher zu stellen.“

Die nächste Versammlung der Bürgerschaft findet am Montag, dem 16. Juli, vormittags 10 Uhr statt. Sie hat folgende Tagesordnung zu erledigen: 1. Mitteilungen des Senates. 2. Anträge des Senates: 1. Weitere Verlängerung der Amtsdauer der derzeitigen Mitglieder der Bürgerschaft. 2. Gewährung einer Beihilfe an die Lübecker Hadenaital. 3. Nachbewilligung auf die Ausgaben der Lübecker Straßenbahn im Rechnungsjahre 1915. 4. Grundstücksaustausch mit der Firma Jost Hinr. Habermann u. Sohn. 5. Dem Bürgerausschuß von der Bürgerschaft zur näheren Erwägung überwiesener und nicht in unverständlicher Fassung an den Senat gebrachter Antrag von Löwig: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, ihr eine Vorlage entgegenzubringen, nach welcher das Jugendamt zu sammengefügt wird, daß auch die Arbeitervereine in eine ausreichende Vertretung erhält, zu der die Arbeiterorganisationen Vorschläge zu machen haben. Jugendpfleger sind auch aus den Kreisen der Gewerkschaften zu entnehmen.

Angebot und Nachfrage. In gewöhnlichen Zeiten richten sich die Preise der Bedarfsgegenstände nach Angebot und Nachfrage. Allerdings ist diese Preisregulierung nicht immer zureichend. Da, wo es möglich war, wie bei Äpfeln, die nur von wenigen Betrieben hergestellt werden, wurden in den letzten Jahrzehnten Kartelle und Syndikate gegründet, um die Preise künstlich in die Höhe zu treiben und die Konsumenten zu schädigen. Eine solche Kartellierung ist für die Herstellung von Nahrungsmitteln unmöglich.

Nun sind die Preise für Nahrungsmittel in der ganzen Welt gestiegen. Die Gründe liegen in der langen Dauer des Weltkrieges. Wenn heute die Preise lediglich nach Angebot und Nachfrage reguliert würden, ohne daß Höchstpreise festgesetzt wären, dann würde der ärmere Teil der Bevölkerung wohl manchen nichts zu essen haben. Was man also auch über die Höchstpreise sagen mag, sie müssen unbedingt bestehen bleiben.

Natürlich ist es nicht leicht, die Höchstpreise mit den Erzeugerpreisen in Einklang zu bringen. Jeder will viel verdienen. Der Egoismus der Menschheit ist nirgends stärker in die Erscheinung getreten als in der Kriegszeit. Den Konsumenten sind die Höchstpreise zu hoch, den Produzenten zu niedrig. Nichts wird darauf spekuliert, daß die künstliche Bevölkerung nichts von der Landwirtschaft versteht und deshalb leicht in irrtümliche Vorstellungen verlegt werden kann. Viele Unkenntnis trifft nur teilweise zu. In der Stadt wohnen viele Leute vom Lande, welche die Landwirtschaft kennen und welche auf die Klagen über zu niedrige Höchstpreise nicht hereinfallen.

Man kann im Augenblick die tieferen Ursache, warum die Nahrungsmittel bei uns eine so außergewöhnliche Höhe erreicht haben, nicht erörtern, das wird und muß nach dem Kriege ausführlich gelehrt werden. Wenn es aber möglich ist, das natürliche Gesetz über die Preisbildung durch Angebot und Nachfrage durch Organisationsmaßnahmen in der Weise zu durchbrechen, daß es möglich war, die Preise zu erhöhen, so muß durch die staatliche Organisation auch erreicht werden, die Preise niedrig zu halten und den Profit herabzusetzen. Die Senkung der Profitrate kann auch durch Befreiung des überflüssigen Zwischenhandels und dadurch erreicht werden, daß der Verkauf durch den organisierten Konsum geschieht, der kein Interesse an hohem Gewinn hat, sondern bei welchem der Aufschlag nur soweit erfolgt, als er zur Deckung der Unkosten erforderlich ist; was darüber hinausgeht, muß den Käufern wieder zufließen.

Bei den hohen Preisen für die Nahrungsmittel ist es von höchster Bedeutung, daß wenigstens durch den Handel die Preise nicht noch ungebührlicher Weise gesteigert werden. Nach dem Kriege werden die Konsumvereine noch nötiger sein, als gegenwärtig, da das Einkommen nicht gleichen Schritt hält mit den immer höher gewordenen Preisen, die nach langer Zeit anhalten und den Stand vor dem Kriege wohl nie wieder erreichen werden. Dadurch entsteht für die Mehrheit des Volkes eine Notlage, von welcher der Dichter sagt:

Ein schlimmes Unglück als der Tod
der liebsten Menschen ist die Not!
Sie läßt nicht sterben und nicht leben,
sie streift des Lebens Blüte ab,
streift, was uns Lieblichstes gegeben,
vom Herzen und Gemüte ab.

Warnung von Benzin-Ersgasmitteln. Seit einiger Zeit werden Benzin-Ersgasmittel, z. B. „Benzin“, in den Handel gebracht, die zum Teil schon bei einer Wärme von noch nicht 9 Grad Celsius entflammbar Dämpfe abgeben und die daher äußerst feuergefährlich sind. Bei dem Gebrauch dieser Ersgasmittel ist die größte Vorsicht geboten; es ist namentlich darauf zu achten, daß

in der Nähe kein offenes Feuer (Gaslampe, Gasbrenner usw.) ist. Unvorsichtigkeit kann zu tödlichen Unglücksfällen führen.

Schlichtungsausschuss Lübeck. Man schreibt uns: Zu dem Antrag der Angestellten der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft, die darauf aufmerksam gemacht hatten, daß in der Sitzung vom 13. Juni statt je drei Arbeitgeber und Arbeitnehmer vier Arbeitgeber und zwei Arbeitnehmer mitgewirkt hätten, hat das Kriegsamt jetzt geäußert: „Wir haben dem Schlichtungsausschuss mitgeteilt, daß, weil Herr Carl Boll tatsächlich Arbeitgeber war, das Verfahren an einem unheilbaren Mangel leidet und deshalb wiederholt werden muß.“ Der am 13. Juni gefällte Schlichtungsbescheid wird also für ungültig erklärt! — Herr Boll ist seinerzeit vom kaufmännischen Verein von 1858 als Beisitzer vorgeschlagen worden. Dieser Verein hat unter seinen Mitgliedern auch zahlreiche Arbeitgeber. Wenn ein Arbeitgeber als Vertreter von Arbeitnehmern wirken konnte, dann zeigt dies am besten, wohin es führt, wenn an Stelle von gewerkschaftlichen Organisationen, derartige Vereine glauben, die Rechte von Arbeitnehmern wahren zu können. Für die Zukunft kann jedenfalls mit Rücksicht auf die Befähigung des Verfahrens nicht dringend genug geraten werden, vor Eröffnung der Verhandlungen sich die Namen der Beisitzer nennen zu lassen, um etwaige Beanstandungen sofort geltend machen zu können.

Der Verband von Ortskrankenkassen im Wirtschaftsgebiet der Hansestädte hielt am 8. Juli d. J. seine ordentliche Mitgliederversammlung in Hamburg im Gewerbehause unter dem Vorsitz des Herrn G. Langbehn ab. Auf Einladung erschienen waren die Vertreter der Versicherungsämter Hamburg, Lübeck, Bremen, Wandsbeck und Riechbittel zu Cuxhaven. 29 Kassen hatten 109 Abgeordnete entsandt; außerdem waren zwei Vertreter des Mecklenburgischen Ortskrankenkassenverbandes als Gäste anwesend. Nach dem von dem Geschäftsführer des Verbandes, Verwaltungsdirektor Kühn, erstatteten Bericht gehörten dem Verbande zurzeit 31 Kassen mit circa 280.000 Mitgliedern an. Die Jahresabrechnung für 1916 ergibt eine Einnahme von Mt. 2.900,50, eine Ausgabe von Mt. 2520,06. Ein umfangreicher Bericht über die Fälligkeit der Kriegsschadensleistungen wurde von Herrn Geschäftsführer Lohm, Bergedorf, erstattet. Dieser Bericht soll gedruckt und sodann dem Hauptverbande in Dresden weitergegeben werden. Zwecks Erreichung gesetzlicher Maßnahmen auf diesem Gebiete. Nach dem von Herrn Geschäftsführer Ostermann, Bremerhaven, erstatteten Bericht über ein vom Hauptverband abgeschlossenes Abkommen, betr. die Heilfürsorge nach §§ 219 und 222 der Reichsversicherungsordnung wurde beschlossen, diesem Abkommen nicht beizutreten. Ein vom Hauptverband überandter Entwurf einer neuen Satzung für letzteren wurde nach einer Erläuterung des Herrn Kassenvorstandes Rhein, Bremen, mit einer Änderung bezüglich der Befugnis des Vorstandes genehmigt. Angenommen wurde ein von Herrn Kassenvorstandes Appel, Hamburg, beantragter Entwurf des Verbandesvorsitzenden auf Errichtung einer Kassensprüfungs- und Rechtsanwaltsstelle für den Verband. Gewählt wurde ein Ausschuss von 7 Personen zur Formulierung von Anträgen auf Änderung der Reichsversicherungsordnung. Einer Anregung aus der Mitte der Versammlung entsprechend, wurde der Vorstand des Verbandes beauftragt, bei den zuständigen Militärbehörden darauf hinzuwirken, daß die Geschädigten der einzelnen Ortskrankenkassen, welche nach in militärisch hohem Alter sich befinden, den Kassen erhalten bleiben, da die Erledigung der Kassenangelegenheiten durch den Kriegszustand große Schwierigkeiten mit sich bringt. Als Sitz des Verbandes wurde auch für das folgende Jahr Hamburg bestimmt. Die nächste Mitgliederversammlung soll in Bremerhaven stattfinden.

vb. **Hanseischer Theater.** Am Mittwoch haben wir das beliebte alte Volkstück „Dalemanns Tochter“ von Adolf Pirroge. Die unter Herrn Callenbachs Leitung gehandene Aufführung war

nicht ganz frei von Unbedenken. Das wurde aber ausgeglichen durch den glücklichen Abend, den Herr Callenbach als Hofmann und Herr Cordes als Körner hatten. Von den drei Töchtern Hajemanns, die von den Damen Schneider, Kossall und Riebel vertreten wurden, befriedigte die letztere als Frau des Hermann Körner in keiner Beziehung. Herr Kauba sah als Apotheker Klein sehr adrett aus und wußte in jeder Beziehung zu gefallen. Der explosive Charakter des Schlossermeisters Knorr lag Herrn Egbert-Gmiller nicht übel. Sein Auftritt mit Körner im dritten Akt gelang aber nicht so recht. Da kamen die Töne zu überlegt heraus, während die antimierte Stimmung von Satz zu Satz gesteigert werden muß. Hel. Barocka war als Frau Klinter recht gut. Von den kleineren Rollen mußten Herr Gude als Klinter und Herr Herber als Anna genannt werden. Das Publikum spendete viel Beifall.

Öffentliche menschengeliche Rechtsauskunftsstelle Parade 1. Die Sprechstunden fallen während der Gerichtsferien, 15. Juli bis zum 15. September, an den Nachmittagen aus. Sprechstunden finden in dieser Zeit nur vormittags von 10½—1 Uhr statt.

pb. **Ein Schwein gestohlen.** In der Nacht zum 11. Juli ist aus dem verschlossenen Stall eines Arbeiters in Falkenhäuser ein ungefähr 80 Pfund schweres Schwein gestohlen und in unmittelbarer Nähe des Tatortes abgeschlachtet worden.

pb. **Verhafteter Dieb.** Festgenommen wurde ein in Finkenhausen wohnhafter, mit Zuchttafel vorbestrafter Arbeiter, der sich der Diebstahl schuldig gemacht hatte.

pb. **Lebensmitteldiebstahl.** Ermittelt und festgenommen wurden 3 Matrosen eines im hiesigen Hafen liegenden Dampfers, die sich des Diebstahls größerer Mengen Lebensmittel schuldig machten.

Hamburg. Die Bürgerchaft stimmte am Schluß ihrer gestrigen Sitzung dem Antrag des Senates auf Befreiung der Gruppeneinteilung des Bürgerchaftswahlrechts zu. Nur einige kurze programmatische Erklärungen wurden abgegeben. Dann erfolgte die endgültige Annahme der Vorlage, womit also bereits für die nächsten Bürgerchaftswahlen die Einteilung in Wählergruppen nach dem Einkommen in Wegfall kommt. Der vom Senat angeforderte Beitrag von weiteren drei Millionen Mark für unvorhergesehene Ausgaben wurde in zweiter Lesung endgültig in voller Höhe bewilligt. Die Staatshaushalts-Abrechnung für 1916, die mit einem Fehlbetrag von rund 97 Millionen Mark abschließt, wurde einem Ausschuss von 17 Mitgliedern überwiesen, der sofort gewählt wurde. Ohne Erörterung fand der Senatsantrag betreffend Erweiterung des Gesetzes über Anrechnung des Kriegsdienstes auf das Dienstalter der Beamten Annahme. Die Erhöhung des Tarifes der Hamburgischen Elektrizitätswerke wurde genehmigt. Jedoch fand der dahingehende Senatsantrag nur zu einem Teil die Zustimmung des Hauses, das vielmehr seinem Ausschuss folgte, der beantragte, eine Revision des Tarifes nach Ablauf von zwei Jahren nach Beendigung des Krieges, spätestens alsbald nach dem 1. Juli 1920 vornehmen zu lassen. Nachdem auch der Ausschussantrag über die Referendarprüfung, wie vorausgesehen war, ohne Debatte die Zustimmung der Bürgerchaft gefunden hatte, leitete Genosse Winzig die Beipredung des von der sozialdemokratischen Fraktion gestellten Antrages zur Kohlenverlängerung Hamburgs ein, an der sich Herr Giffe, der eine energische Vertretung hamburgischer Interessen in Berlin forderte, Genosse Wiesner, der größere Berücksichtigung Bergedorfs wünschte und Dr. Engel, der Weiter der Kohlenabteilung des Kriegsvorgangsamtes beauftragt. Seine Darlegungen, in denen er die Schwierigkeiten der hamburgischen Kohlenverlängerung schilderte, aber zugleich die besten Aussichten für den Winter eröffnete, wurden von den fol-

genden Rednern mit großer Befriedigung aufgenommen. Die Erörterung zog sich ziemlich lange hin; schließlich wurde der sozialdemokratische Antrag einstimmig angenommen. Der von der gleichen Fraktion eingebrachte Antrag betreffend den Bau kleinerer Wohnungen wurde von der Tagesordnung abgelehnt, weil der Antragsteller, Genosse Paepow, nicht anwesend sein konnte. Bei dem Antrag auf Gewährung eines außerordentlichen Zuschusses von 150.000 Mark an die Handelskammer kam es noch in später Stunde zu einer kleinen Debatte, da Genosse Gruewald die Verweisung an einen Ausschuss beantragte und erklärte, die Kaufleute müßten der in ihrem Interesse geschaffenen Einrichtung mehr Teilnahme entgegenbringen. Seinen Darlegungen trat insbesondere Warburg entgegen, der sich aber mit einer Ausschüßberatung durchaus einverstanden erklärte. Diese wurde denn auch vom Hause beschlossen.

Fehmarn. Südlicher Unglücksfall. Der 40jährige Sandturmann, frühere Koch Johannes Bethge aus Hamburg starb während einer Fahrt in Gemeinschaft mit drei anderen Kameraden in der Nähe von Leutenborn aus einer Gigh, deren Geschirr in Unordnung geraten war. Während die drei anderen Kameraden mit mehr oder weniger schweren Verletzungen davontamen, brach Bethge das Genick und war sofort tot.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 11. Juli. (Antlitz.) Im Sperrgebiet um England wurde wiederum eine größere Anzahl Dampfer und Segler verhaftet. Darunter befanden sich der bewaffnete englische Transportdampfer „Armada“ (6153 Tonnen) mit Truppen, Munition und Proviant von Liverpool nach Saloniki, der italienische Dampfer „Mistral“ mit 140 Tonnen Mais von Amerika nach England und ein großer unbekannter Dampfer, der aus einem Geleitzuge herausgehoben wurde.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Amsterdam, 11. Juli. Ueber die Lage in China erfährt das „Handelsblad“ aus London: Die Monarchisten stehen Hals über Kopf, um der zu erwartenden Strafe zu entgehen. Der „Staatscourant“ meldet täglich die Entlassung kaiserlicher Minister. Die republikanischen Truppen haben Peking umzingelt, beabsichtigen aber nicht, in die Stadt selbst einzurücken im Vertrauen darauf, daß die Polizei die Ordnung aufrecht zu erhalten weiß. Die Vertreter der fremden Mächte versuchen, die Unterwerfung der Stadt in Peking anwesenden Kaiserlichen ohne weiteres Blutvergießen zu erlangen. Schang Sin ist anscheinend bereit, sich zu ergeben, wenn ihm die Versicherung gegeben wird, daß er sein Leben und sein Vermögen behält. Die monarchistischen Minister der Finanzen und des Krieges versuchten aus Peking zu entfliehen, sie wurden aber in Fengtae festgenommen.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Löwig. Für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stellingsma. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Öffentliche Rechtsanwaltsstelle Lübeck, Parade 1.

Während der Gerichtsferien, 15. Juli bis zum 15. September, fallen die Sprechstunden nachmittags aus. (1758) Sprechstunden während dieser Zeit nur vormittags von 10½ bis 1 Uhr.

Schneiderei

geleitet von Martin Fühörer, (1760) Fuhörersstr. 12. Secretes sauberes Zimmer ge- sucht in der Stadt, am liebsten mit separatem Eingang. Angeb. um M. 10 an die Exp. (1756)

Bilderleisten einrahmungen

Oscar Tauchnitz, Glashandlg., Fleischhauerstr. 35. Fernruf 2205.

Täglich: **Platzverkauf von Braunkohlen und Holz.** Heinr. Boye, Lindenstr. 17a. Fernruf 218. (1758)

Alle Arbeiter

kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei

Otto Albers

Markt 4. Kohlmarkt 10. (1759) (1759) (1759)

Zahn-Praxis

M. Marcks (1755) Breite Straße 36. Schmerzlose Einsetzen künstl. Zähne ohne Herausnahme der Wurzeln unter Garantie der Brauchbarkeit beim Essen.

In Freien Stunden



Am 1. Juli bietet sich die Gelegenheit, Abonent der „Freien Stunden“ zu werden, da ein neuer Roman beginnt. Und während der schweren Kriegszeit ist diese Zeitschrift ein guter Kamerad geblieben, namentlich der vielen Frauen, die von den schweren Sorgen der Gegenwart eine Spanne Vergessenheit und Erholung suchen. „Aus eigener Kraft“ heißt der Roman, der zum Abdruck kommt, und als zweite Erzählung „Die Prarie am Pacific“, eine Schilderung aus dem wilden Westen Amerikas. Daneben folgen vollständige, illustrierte Romane aus allen Wissensgebieten. Mittel: Mittel für Haus und Küche für die notwendige Abwechslung des Besten und für die praktische Bekleidung der Hausfrau. Wöchentlich erscheint ein Heft für 15 Pfennig

Zu beziehen durch: **Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.** Johannistr. 46 und den Auslieferungsorten.

Es heißt hierher: „In Freien Stunden“, wöchentlich ein Heft für 15 Pfennig.

Name: _____ Ort: _____ Straße: _____ (Der Besteller ist ersucht, dem Auslieferungsorten mitzugeben.)

Man abonniert jederzeit auf das schönste und billigste Familien-Witzblatt



Meggendorfer-Blätter

München 9 9 Zeitschrift für Humor und Kunst 9 Vierteljährlich 15 Nummern nur M. 3.— 9

Abonnement bei allen Buchhandlungen und Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probewummer vom Verlag, München, Theatinerstr. 47

Kein Besucher der Stadt München

sollte es verkümmern, die in den Räumen der Redaktion, Theatinerstraße 47M befindliche, äußerst interessante Ausstellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter zu besichtigen.

9 Täglich geöffnet. Eintritt für jedermann frei 9

Deutscher Metallarbeiterverband.

Verwaltungsstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am Freitag, dem 13. Juli

abends 8½ Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Bericht von der Generalversammlung in Kölln.

2. Antrag der Bezirkskassierer auf Erhöhung ihrer Entschädigung.

1759 Die Ortsverwaltung.

Feldpostkarten

10 Stück 10 Pfennig hält vorräufig Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co., Johannistr. 46.

Sozialistische Dokumente des Weltkrieges.

Eine Darstellung der Haltung der organisierten Arbeiter aller Länder zum Weltkriege mit kurzen geschichtlichen und weltpolitischen Einleitungen.

1. Heft: Politik und Krieg — Grundzüge der englischen Politik. Von M. Beer.

Preis 10 Pfg.

Buchhdl. Friedr. Meyer & Co. Johannistr. 46.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter u. verw. Ber.

Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am Sonnabend, dem 14. Juli

abends 8½ Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 2. Quartal 1917.

2. Kartellbericht.

3. Bericht v. Gewerkschaftshaus.

4. Eingänge.

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder in dieser Versammlung ist dringend erforderlich.

(1759) Der Vorstand.

Stadthallen-Sommertheater

Donnerstag, den 12. Juli 1917:

Uraufführung

Gastspiel von Eva Gron vom Deutschen Theater, Hannover: **Der Redaktionsengel.**

Ein heiteres Spiel in 3 Akten von Jani Fiala.

Freitag, den 13. Juli 1917:

Die Puppe.

Anfang der Vorstellungen 8 Uhr.

Sonnabend, den 14. Juli 1917:

Anfang 8¼ Uhr

Der Redaktionsengel.

Eine notwendige Klärung.

Die am 7. und 8. Juli in Berlin abgehaltene Reichskonferenz der sozialdemokratischen Frauen hat den Scheiterer glückselig, der infolge der Parteispaltung auch ganz besonders auf der Frauenbewegung gelegen hat. Ist es doch eine ganz unbefriedigbare Tatsache, daß die Genossinnen Zettin und Joch der sozialistischen Frauenbewegung Deutschlands bisher das Gepräge gegeben haben. Viel haben die Genossinnen den bisherigen Führerinnen zu danken. Die Verdienste, die ganz besonders sich Clara Zettin für die Aufklärung und geistige Vertiefung der Frauen erworben hat, können, dürfen und sollen nicht geschmälert werden. Auch der gute Verlauf der Berliner Konferenz ist zweifellos eine Frucht von der Saat, die die ehemaligen Führerinnen ausgestreut haben. So sehr man nun auch die Trennung bedauern mag, notwendig war sie und ließ sich eben nicht vermeiden. Mitglieder einer anderen Partei können nicht amtierende Personen unserer Partei sein, die von diesen auf das heftigste in Worten und Handlungen bekämpft wird. Die logischen Schlussfolgerungen mußten gezogen werden, die denn auch von den Delegierten anerkannt wurden. Einmütig bekannten sich die Genossinnen zu der Auffassung, die Kampfmethoden der „Unabhängigen“ nicht anzuwenden, sondern die sachliche Form des Kampfes zu wahren, wie sie auch einmütig den letzten Bundeskonferenzen, ihre ganze Kraft dem Aufbau unserer Organisationen zu widmen.

Die Referate der Genossinnen Juchacz und Gertraud Hannawie auch die Aussprache ließen deutlich erkennen, in welchem Umfange die Genossinnen im ganzen Reich an der sozialen Fürsorge während des Krieges beteiligt sind. Der Leiden und Nöte in den minderbemittelten Volksschichten sind auch heute noch übergenug, doch hat die Mitarbeit der sozialdemokratischen Frauen in der Kriegsfürsorge die Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen sachgemäß und erfolgreich zu vertreten gewußt. Es war praktische Gegenwartsarbeit, die von den Vertreterinnen der organisierten Arbeiterschaft geleistet werden mußte. Die Aussprache über Agitation führte über nicht zu einem greifbaren Resultate. Gern hätten wir gesehen, daß die Frage der Ertüchtigung der Arbeiterinnen für die politische und gewerkschaftliche Organisation in heutiger Zeit mehr erörtert worden wäre. Anregungen für die Agitation in der Gegenwart vernünftigen wir somit, ausgenommen eine Agitation für die „Gleichheit“, die für September vorgezogen und dem Parteivorstand zur weiteren Erwägung überwiesen wurde. Des Weiteren wurde die Herausgabe kleiner Agitationsheftchen empfohlen, deren Inhalt den Zeitverhältnissen angepaßt sein und möglichst Bilder aus dem Leben wiedergeben müßte.

Ueber das Frauenwahlrecht referierte Genossin Walla Jopler. Zweifelslos waren deren Ausführungen interessant und legten ein bereicheres Zeugnis ab für die geistige Vertiefung in die Gründe für die Forderung des Frauenwahlrechts. Nicht einverstanden erklären können wir uns mit der Auffassung der Referentin, daß die sozialdemokratischen Frauen bisher so gut wie nichts für die Erbringung des Wahlrechts getan haben. Wir kennen keine Aktion der Partei, die nicht auch die Forderung des Frauenwahlrechts erhoben hat. Ganz abgesehen von den vielen Veranstaltungen, die der Forderung des Frauenwahlrechts gelten. Ebenso können wir der Auffassung nicht beipflichten, daß große Kräfte des Bürgertums bereit seien, den Frauen das Komunaale Wahlrecht zu gewähren, und daß mit einer solchen Möglichkeit gerechnet werden könne. Wer die bisherigen Ausführungen über das Frauenwahlrecht verfolgt hat, der muß doch zu einer ganz entgegengesetzten Meinung kommen. Die Konferenz sah sich leider genötigt, auf eine Aussprache über das Referat zu verzichten. Sie wurde nachdrücklich mit dem Hinweis abgelehnt, daß nur die gegebenen Verhältnisse dazu zwingen. Zum Referat wäre noch manches zu sagen gewesen.

Ein kleiner Hoffnungsstrahl auf baldigen Frieden machte die Herzen der Delegierten höher schlagen. Genosse Ebert ließ es sich nicht nehmen, die Genossinnen über die gegenwärtige kritische Zeit aufzuklären, die mehr denn je geeignet sei, eine Verständigung unter den kriegführenden Völkern herbeizuführen. Dankend und aufmerkend wurden diese Ausführungen von allen Seiten entgegengenommen. Die Sehnsucht nach Frieden ist eben so stark, daß jeder, auch der schwächste Friedensklang, freudigen Widerhall, besonders in Frauenherzen findet.

So hat denn die Konferenz in doppelter Hinsicht neuen Mut und Schaffensdrang gezeugt. Sie hat dem Vorstand der alten sozialdemokratischen Partei ihr Vertrauen ausgedrückt und die notwendig gewordenen Maßnahmen und Änderungen in der Se-

lektion des Frauenbureaus und der Redaktion der „Gleichheit“ gutgeheißen. Sie hat von neuem bekräftigt, daß nur durch den engsten Zusammenhalt greifbare Resultate erzielt werden können, ohne dabei die sozialdemokratischen Grundzüge preiszugeben. In Anbetracht der heutigen unerträglichen Zustände auf dem Gebiete der Volksernährung wird von den staatlichen und gemeindlichen Behörden gefordert, daß sie rücksichtslos gegen den unerhörten Lebensmitleidwucher einschreiten und vor allem auch eine möglichst gleichmäßige Verteilung der vorhandenen Lebensmittel zu erwirklichen Preisen gewährleisten. Den während des Krieges stark vermehrten sozialen Mächten entsprechend, muß endlich den Frauen das volle Mitbestimmungsrecht in Reich, Staat und Gemeinde und ihre Zulassung zu allen öffentlichen Körperchaften gewährt werden.

In einer Entschlieung, worin die unermüdete Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und Parteileitung für die Herbeiführung eines Verständigungsfriedens voll anerkannt wird, verlangt die Konferenz von den maßgebenden Stellen im Reich, daß sie nun auch selbst alle Maßnahmen treffen, die den möglichst baldigen Abschluß des blutigen Völkermordes herbeizuführen geeignet sind, ohne daß hierbei eines der am Krieg beteiligten Völker vergewaltigt und gedemütigt wird. Dann wird auch die proletarische Internationale neu entstehen und ihre kulturfördernde Tätigkeit wieder aufnehmen können. Möge der gute Verlauf der Frauenkonferenz nun auch zur inneren Kräftigung der Gesamtpartei beitragen.

Deutscher Reichstag.

114. Sitzung.

Mittwoch, den 11. Juli, nachmittags 3 Uhr.
Auf der Tagesordnung steht zunächst der Bericht des Ausschusses über Fragen der äußeren und inneren Politik und als zweiter Gegenstand die Kreditvorlage.

Abg. Spahn (Zentr.) beantragt zur Geschäftsordnung, diese beiden Punkte von der Tagesordnung abzugeben und an ihre Stelle zu setzen den Gesetzentwurf betreffend die Fürsorge für Gefangene und das Gesetz zur Förderung der Schiffahrt.

Abg. Graf Westarp (Kons.): Ich habe nichts dagegen, daß Punkt 1 abgelehnt wird, bitte aber Punkt 2 der Tagesordnung zu behalten. Es erscheint uns erwünscht, in die weitere Beratung der Kreditvorlage einzutreten. Wir glauben, mit der ganz überwiegenden Mehrheit des Hauses darin übereinzustimmen, daß die Bewilligung der Kriegskreditvorlage nicht von irgend welchen Bedingungen abhängig gemacht werden kann. Auf der anderen Seite könnte doch der Umstand, daß die Verhandlungen sich jetzt so lange hingezogen haben und wir nun heute wiederum diesen Gegenstand abgeben, die Befürchtung gerechtfertigt erscheinen lassen, daß der Eindruck erweckt wird, als wenn die Verhandlung der Kreditvorlage doch von Bedingungen abhängig gemacht würde. Diesen Eindruck halten wir im Interesse des Landes nicht für erwünscht. (Beifall rechts.)

Abg. Haase (N. Soz.): Da wir grundsätzlich Gegner der Kreditvorlage sind, legen wir keinen Wert darauf, daß die vom Abg. Spahn angeregte Frage vom Hause entschieden wird. (Heiterkeit.)

Abg. Scheidemann (Soz.): Ich bitte, den Antrag des Grafen Westarp abzulehnen. Es ist einigermaßen unverständlich, daß Graf Westarp sich Sorge darum macht, daß es draußen einen schlechten Eindruck machen könnte, wenn wir nun heute nicht schlüssig, ehe in die politischen Auseinandersetzungen eingetreten ist, die Kreditvorlage bewilligen. Ich mache darauf aufmerksam, daß heute vor acht Tagen von meiner Fraktion der Antrag gestellt worden ist, in die Beratung der Kreditvorlage einzutreten, daß sich der Seniorenkongress mit dieser Frage eingehend beschäftigt hat und dann auf die schriftliche Eingabe des Grafen Westarp und seiner Freunde beschloßen hat, so zu verfahren, wie der Abg. Spahn jetzt vorgelegt hat. (Hört, hört!) Das heißt: das, was Graf Westarp jetzt wünscht, ist genau das Gegenteil von dem, was wir unter Berücksichtigung seiner eigenen Wünsche schließlich vor acht Tagen kongediert haben. (Hört, hört!) Ich bitte Sie also, nach dem Antrage Spahn zu verfahren, nicht erst irgend welche Mittel zu bewilligen und nachher darüber zu reden, ob das richtig oder falsch war (Hört, hört! rechts), sondern uns vorher darüber auszusprechen. Ein anderes Verfahren würde sich parlamentarisch in keiner Weise rechtfertigen. (Sehr richtig!)

Abg. Graf Westarp: Wir stehen allerdings gegenüber der Kreditvorlage grundsätzlich auf einem anderen Standpunkt als der

Abg. Scheidemann und halten es bei einer solchen Vorlage für unmöglich, sie irgendwie daraufhin zu prüfen, ob man sie annehmen oder ablehnen will, wie die Situation heute ist. Wir haben den Wunsch, daß die Kreditvorlage auch aus Gründen des Eintrucks auf das Ausland so bald als möglich erledigt wird. Aus diesem Wunsche heraus habe ich allerdings vor acht Tagen dem Wunsch, der von anderer Seite ausgesprochen wurde, zugestimmt, daß man die Debatte über den Bericht des Ausschusses und über die Kreditvorlage vereinigen möchte, damit nicht zwei Debatten entstehen. Das ist gechehen eben unter der Voraussetzung, daß in kurzer Zeit dann die Kreditvorlage bewilligt werden könnte. Inzwischen ist eine Woche ins Land gegangen und nach alledem, was inzwischen bekannt geworden ist, halten wir es jetzt allerdings für möglich, die Kreditvorlage zu erledigen.

Abg. von Weyer (Zp.): Wenn man schon bei einer Vertagung der Kreditvorlage auf zwei Tage von einem Eindruck auf das Ausland reden kann (Heiterkeit), so wäre es für den Eindruck auf das Ausland jedenfalls viel richtiger, wenn Graf Westarp nicht seinen Einspruch erhoben hätte. (Lebhafte Zustimmung.) Daß der Bericht über die innere und äußere Politik und die Kreditvorlage gemeinsam erledigt werden, haben wir von Anfang an im Seniorenkongress und hier im Hause als selbstverständlich betrachtet. (Sehr richtig!) Zum drittenmal stehen diese beiden Punkte neben einander auf der Tagesordnung. Welcher Grund liegt denn nun vor, auf einmal diese Dinge zu trennen? Ja, wenn dem Reich das Geld ausginge, wenn die Kassen morgen geschlossen werden müßten, falls wir nicht die Kredite bewilligen, dann würde ich das als starkes Argument erachten. (Sehr gut!) Lassen wir es also bei dem Antrag Spahn und dehnen wir diese Debatte so wenig als möglich aus. (Bravo!)

Abg. Mertin-Dels (Dt. Fr.): Wenn es sich um die Frage handelt, ob man die Bewilligung der Kriegskredite nur auf zwei Tage verschieben wollte, so könnte man darüber streiten. Es handelt sich hier aber darum, ob wir die Kriegskredite von der Tagesordnung abgeben (mit erhobener Stimme), von einer Tagesordnung, auf der sie gestanden hat. (Große Heiterkeit.) Sie mögen darüber lachen, (Erneute große Heiterkeit) man wird sich doch wohl überlegt haben, weshalb man vor ganz kurzer Zeit diesen Punkt auf die Tagesordnung gesetzt hat. (Sehr richtig! und Heiterkeit.) Ich kann nicht anerkennen, daß wir, wenn es sich um Kriegskredite handelt, erst äußere oder innere, politische oder nichtpolitische Gründe prüfen müssen. Solange wir Krieg führen, müssen wir die notwendigen Kredite bewilligen. Das ganze Volk schaut auf diesen Punkt der Tagesordnung. (Gelächter.) Alles andere was dann gekommen ist, war erst eine Folge davon, das Volk hat zuerst darauf geschaut, daß wir diesen Punkt auf die Tagesordnung in dieser Session gestellt haben. Daher müssen wir Stellung dazu nehmen. (Bravo! rechts.)

Punkt 1 der Tagesordnung wird hierauf einstimmig, die Kriegskreditvorlage gegen die Stimmen der Rechten und der Unabhängigen Sozialisten von der Tagesordnung abgelehnt.

Es folgt die Vorlage betreffend die Gefangenenfürsorge.

Abg. Davidsohn (Soz.): Das Gesetz soll ein weiteres Mittel zur Humanisierung in den Krieg bringen. Es will der Fürsorge für deutsche und feindliche Kriegsgefangene dienen, jener Fürsorge, die nicht gerade hoch im Kurse steht. Mit der Tendenz der Vorlage bin ich einverstanden, aber im einzelnen scheinen mir Änderungen nötig; so geht aus § 1 nicht klar hervor, ob Schädigungen durch klimatische Einwirkungen unter das Gesetz fallen. Wegen die „angemessene“ Fürsorge für feindliche Kriegsgefangene habe ich das größte Mißtrauen, und daß der allein selig machende Bundesrat die Angemessenheit der Fürsorge feststellen soll, ändert daran nichts. Ich meine vielmehr, daß die genaue Umgrenzung dieser Fürsorge in das Gesetz selbst hineingehört. Unklar ist mir, weshalb die in Deutschland beschäftigten Kriegsgefangenen nicht den Bestimmungen der deutschen Arbeiterversicherung unterstellt werden können. Die Begründung sagt, das würde vom deutschen Volk nicht verstanden werden. Vom alldeutschen Volk gewiß nicht, vom deutschen Volk aber sehr wohl. (Zustimmung bei den Soz.) Zur weiteren Erörterung von Einzelheiten beantrage ich namens meiner Fraktion die Ueberweisung der Vorlage an einen Ausschuss von 21 Mitgliedern.

Abg. Weinhausen (Zp.), Abg. v. Boehm (Kons.), Abg. Cohn (Norddeutsche U. Soz.), Abg. Scyda (Pole) schließen sich dem Antrag des Vorredners an.

Die Vorlage wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfes über die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte, der den Reichsanleger ermächtigen soll, den Eigentümern deutscher Kaufschiffahrt zu

Es fauft das Rad . . .

Eine Erzählung aus dem amerikanischen Arbeiterleben.
Von Dorothy Richardson.
Einzig berechtigte Uebersetzung von Werner Peter Larsen.

30 Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Wir sind bis jetzt noch nicht daran gestorben, also werdet Ihr auch nicht daran sterben.“ sagte ein Regermann. „Im Gegenteil, wir arbeiten auch noch die ganze Nacht hindurch, wenn es sein muß, denn wir bekommen sechs Cent für jede Ueberstunde!“

Mrs. Moonen warf ihr einen strafenden Blick zu und sagte verächtlich:

„Gewiß, wenn ihr Schwarzen nicht beinahe umsonst arbeiten und wie die Schweine leben würdet, dann könnten auch wir Weißen ein menschliches Leben führen!“

„Ich habe sechsendeuzig Cent für Ueberstunden während der letzten Woche gehabt.“ sagte die dicke, fromme Frau. „und ich habe Gott dem Allmächtigen für seine Gabe gedankt!“

Von den nächsten Stunden habe ich nur noch ganz nebelhafte Erinnerungen: schwarze Gestalten, die tiefende Wäpfe aus tiefen Kesseln süßen, und abgeraderte, schwitzende Frauen, die leuchtend vor den schwerbeladenen Handwagen gehen. Ich weiß auch nicht mehr, wann wir eigentlich schlief machten: ich erwachte erst wieder vor einem großen Laden und starrte ganz verwundert in ein freundliches Damengesicht.

Ich mußte auf die Dame geradewegs losgerannt sein, denn sie lachte im Weitergehen und schien sich über mein erstauntes Gesicht zu amüsieren: ich war erst bei dem Ausprall wieder zur Wirklichkeit zurückgekehrt.

Jemando schlug eine Uhr neun, vom Meer draußen blies ein frischer Wind herein; ich war aber so ermüdet gewesen, daß ich mit offenen Augen schliefend durch die Straßen von Newport gegangen war.

Am nächsten Morgen fragte ich Mrs. Moonen, wann wir eigentlich am Abend vorher aufgehört hätten, und sie sagte, es sei etwas nach halb neun Uhr gewesen. Ich erzählte ihr, ich hätte mich plötzlich auf der dritten Avenue wiedergefunden, ohne zu wissen, wie ich dorthin gekommen sei.

„Das ist kein Wunder“, sagte sie, „als habe ich ihr die gewöhnlichste Sache von der Welt erzählt, das geht uns allen zu Anfang so, wenn wir aus diesem verfluchten Schweinefall kommen.“

„Helfe uns Gott, unsere Bürde mit Geduld zu tragen.“ sagte die gottgergebene Fikselstimme der dicken Frau.

„Ich glaube, Gott hat mit unseren müden Büdeln und unseren wunderten Füßen sehr wenig zu schaffen.“ sagte Jane bitter.

„Ich glaube auch an Gott, aber ich werde mich hüten, das alles zu glauben, was die Methodisten oder die Heilsarmee sagen. Ich würde auch nicht, was Gott für ein Interesse daran gehabt haben sollte, daß ich mein Auge oder das arme Mädel dort ihren Arm loswerden. Ich habe früher auch anders gedacht, aber jetzt . . .“

Und sie versuchte mit höchlicher Mühe den Rest des Sazes, denn ein großer Mann in Automobilmantel und Panamahut kam den Saal entlang gegangen. Er erteilte dem Vorarbeiter, der neben ihm ging, eine Menge Aufträge, und ich verstand sofort, daß es der Chef war, der seinen Betrieb inspizierte. Aller Augen waren nicht auf den Chef, sondern einzig und allein auf die „Königin“ gerichtet, aber diese gab sich den Anschein, als gehe die ganze Sache sie nicht das geringste an, sondern leerte geschäftig ihren Wäschewagen und lachte verznügt dazu. In diesem Augenblick sah ich eigentlich erst, wie schön sie war und wieviel Kraft und Selbstbewußtsein aus einer jeden ihrer Bewegungen sprach. Ihre Wangen hatten sich leicht gerötet und während sie lächelte, zeigte sie zwei Reihen prächtiger, schimmernder Zähne.

Der Chef blieb an ihrem Wäschewagen stehen und die „Königin“ sah ganz erstaunt auf, als habe sie nicht gewußt, daß er seit mindestens fünf Minuten bereits im Saale war. Er machte den Eindruck eines reichen Exportkommissars und hatte etwas Ansehens. Unerschämtes an sich, das auch in dem Blick zum Ausdruck kam, den er zu uns hinüberwarf. Er blieb nur kurze Zeit, und wenn an dem Klatsch über ihn und die „Königin“ wirklich etwas Wahres war, so hatte er auf alle Fälle doch Takt genug, um das nicht im Betrieb zu zeigen.

Jane und ich saßen in unserem Wäschkorb und aßen zu Mittag, als der Vorarbeiter vorbeigehendert kam. Er hielt in der einen Hand einen Kurzküppel und in der anderen ein Stück Brot und bis von beiden wechselweise ein Stück herunter.

„Na, wie geht es denn heute? Haben Sie meinen Rat befolgt?“ fragte er, indem er sich auf einem großen Haufen Tischler niederließ.

Wir antworteten, es gehe nicht sonderlich besser und teilten unsere Gurte in drei Teile, von denen wir eins ihm hinüberreichten. Er erzählte, er sei vor sechs Jahren in die Wäscherei gekommen, verdienete achtzehn Dollar die Woche, habe das ganze Jahr über Arbeit und sei in den sechs Jahren noch nicht einen Tag beschäftigungslos gewesen. Er hob hervor, er sei noch immer ledig, da er bis jetzt kein Mädchen gefunden habe, die ihn hätte nehmen wollen.

Jane antwortete lachend, das könne sie eigentlich gar nicht glauben, oder aber die Mädchen, um die er sich bemühen habe, hätten einfach keinen Geschmack gehabt.

„Ich weiß nicht“, sagte der Vorarbeiter einfach. Jedenfalls aber wohnt er nun daheim bei seiner Mutter, die nicht aus-

wärts arbeiten durfte, sondern nur den Haushalt verjah, und eine Schwester von ihm war in einem großen Manufakturwaren-geschäft angestellt, wollte sich nun aber, sobald ihr Bräutigam Urlaub bekam, verheiraten. Der Vorarbeiter suchte nun ebenfalls eine Frau, die ihn hätte nehmen mögen, und er jagte, sie solle es so gut haben, wie er es ihr nur irgend schaffen könne, sie dürfe keinesfalls auswärts arbeiten, sondern solle nur seiner alten Mutter ein wenig im Haushalt zur Hand gehen, nicht einmal zu waschen brauche sie, denn all' Wäsche werde in die Wäscherei geschickt, das gehöre nun einmal mit zu seiner Stellung, und sei von Anfang an so ausgeamcht gewesen.

„Und die Frau soll natürlich schön sein?“ fragte Jane mit so lebhaftem Interesse, daß die Situation mir nach und nach peinlich wurde.

„O, schön zu sein braucht sie durchaus nicht“, antwortete der Vorarbeiter, und ich hatte das Gefühl, daß er an James eines Auges dachte und so antwortete, nur um sie nicht zu verlegen. „Nein, nein, ich bin niemals auf preisgetrübte Schönheiten ausgegangen! Und Schönheit allein macht es auch nicht, sondern die Frau, die ich liebe, die ist für mich dann auch schön! Aber fink soll sie sein und fleißig und Arbeiterin soll sie gewesen sein, damit sie weiß, wie es im Leben zugeht . . . ja!“

Die Dampffesse tutele wieder, und der Vorarbeiter erhob sich langsam und ging.

„Haben Sie nicht gemerkt, daß die ganze Sache nur auf Sie abzielt?“ fragte Jane, indem sie mir einen kleinen Kippenstoß versetzte.

Ich glaubte zu Anfang, offen gestanden, daß Jane nur einen Witz gemacht habe, merkte jedoch in der Tat bald, daß der Vorarbeiter sein ganzes Benehmen mit gegenüber von Grund aus verändert hatte; er nannte mich weder „Sally“ mehr, noch nannte er mich bei meinem Vornamen, sondern er jagte von nun an „Fraulein“ und suchte förmlich nach Gelegenheiten, um mir irgendwie gefällig zu sein.

Ich bekam mit der Zeit das Gefühl, daß ich mich auf diesen Menschen verlassen konnte, ein Gefühl, das mir in dieser Umgebung sehr viel wert war, und ich sah ihn oftmals zufrieden nach, wenn er irgendwo vor uns in den Dampfwolken auftauchte und wieder verschwand.

„Ich möchte darauf wetten“, sagte Jane oft, wenn wir unsere Stroketten zusammenlegten, „daß aus Ihnen beiden noch ein Paar wird, und ich finde, Sie sind geradesu dumm, wenn Sie nicht das Ihre dazu tun. Die Männer genießen sich in solchen Fällen immer ein wenig, und deshalb ist es eben Sache der Frau, sie ein bißchen zu ermutigen. Ich glaube, der Mensch wird einmal sehr gut zu seiner Frau sein . . .“

Sie sprach so warm und so eindringlich, daß ich unwillkürlich von der Arbeit aufhörte; — da leuchtete ihr Gesicht in einer Berklärung, wie nur die Liebe sie herozugubern vermag.

Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte Beihilfen zu gewähren.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Die glänzende Entwicklung unserer Handelsflotte in den letzten Jahrzehnten bis zum Ausbruch des Krieges ist bekannt. Im Lonnengebiet folgte sie vor dem Kriege unmittelbar hinter der englischen Flotte, im Material stand sie an erster Stelle in der Welt. Unsere Flotte bildete den Gegenstand der Bewunderung und des Neides für die ganze Welt. Durch den Krieg haben unsere Reedereien schwer gelitten. Von den 5 Millionen Tonnen sind über 2 Millionen entweder direkt in feindliche Hände gefallen oder stark gefährdet. Weiter aber waren die Reedereien der Feinde und der Neutralen in der Lage, ungeheure Geschäfte zu machen und ungeheure Gewinne zu erzielen. Unsere Reedereien mußten dagegen große Aufwendungen machen, um die im Ausland liegenden Schiffe zu erhalten, ohne entsprechende Gewinne machen zu können. Die sich hieraus ergebenden Konsequenzen liegen auf der Hand. Beim Wiederaufbau der Flotte werde wir auf die Mitwirkung der Reedereien nicht verzichten können und müssen deshalb schon jetzt Vorkehrungen treffen, unsere Reedereien aufrecht zu erhalten und ihnen nach dem Krieg einen neuen raschen Aufschwung zu sichern. Der Umfang der ihnen zu gewährenden Entschädigungen wird von Voraussetzungen wirtschaftlicher und finanzieller Natur abhängen, die wir heute noch nicht übersehen können. Die nach dem Gesetz jetzt schon zu gewährenden Entschädigungen sind so konstruiert, daß sie der Reedereien einen möglichst wirksamen Anreiz zur möglichst rasigen Wiederherstellung von Schiffen geben. Deutsche Unternehmungslust und deutscher Seemannsgeist haben sich bisher im Frieden und im Kriege stark gezeigt, sie werden sich auch weiter stark zeigen in der Wiederaufrichtung unserer Flotte. (Beifall.)

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Auf Antrag des Abg. Döberle (Sp.) wird die Vorlage an den Ausschuss für Handel und Gewerbe verwiesen. Eine Reihe von Petitionen werden debattellos erledigt. Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung: Freitag 3 Uhr (Anfragen, zweite Lesung des Gesetzes betr. Fürsorge für Kriegsgefangene und des Gesetzes betr. die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte, Bericht des Ausschusses für Bevölkerungspolitik betr. Maßnahmen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten). Schluß 4 1/2 Uhr.

Fürsorge für Kriegsgefangene.

Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes zugegangen, der in seinem § 1 sagt: „Gesundheitsfürsorgen, welche deutsche Militärpersonen oder andere unter der deutschen Militärverwaltung stehende Personen in feindlicher Kriegsgefangenschaft erleiden, gelten als Dienstbeschädigungen im Sinne dieser Gesetze, wenn sie infolge von Arbeiten, zu denen die bezeichneten Personen verwendet werden, oder durch einen Unfall während der Verrichtung solcher Arbeiten eintreten, oder wenn sie durch die der Kriegsgefangenschaft eigenartigen Verhältnisse verursacht oder verschlimmert worden sind. Ein Anspruch auf die Verlangung besteht nicht, soweit der feindliche Staat auf Grund der Dienstbeschädigung Fürsorge gewährt.“

§ 2 bestimmt: „Feindliche Militärpersonen oder ihnen gleichgestellte Personen, die in deutscher Kriegsgefangenschaft eine Gesundheitsfürsorge im Sinne des § 1 erleiden, erhalten, solange sie sich in der Gewalt einer deutschen Militärverwaltung befinden, eine angemessene Fürsorge.“

In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß, wenn Deutsche, die unter der deutschen Militärverwaltung stehen, in feindliche Kriegsgefangenschaft geraten, diese Kriegsgefangenschaft als Fortsetzung ihres militärischen Dienstverhältnisses anzusehen sei. Es sollen deshalb Gesundheitsfürsorgen, die solche deutsche Kriegsgefangene in der Kriegsgefangenschaft erleiden, genau so behandelt werden, als ob die Schädigung in der Heimat eingetreten wäre. Dieses Gesetz sorgt dafür, daß die in Kriegsgefangenschaft befindlichen Deutschen auf alle Fälle entschädigt werden, sobald sie eine Dienstbeschädigung nachweisen können. Die Fürsorge für die feindlichen Kriegsgefangenen, die sich in Deutschland befinden, war ebenfalls eine Notwendigkeit. Am besten wäre es vielleicht gewesen, sie, soweit sie in industriellen Betrieben beschäftigt werden, einfach der deutschen Arbeiterversicherung zu unterstellen. In der Begründung des Entwurfs wird jedoch erklärt, daß eine solche Ausdehnung der deutschen Arbeiterversicherung nicht am Platze sei. Abgesehen davon, daß sie im Volke nicht verstanden werden würde, läßt sie auch sachlich den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechend. Sie würde mit Rücksicht darauf, daß für die Kriegsgefangenen während ihrer Kriegsgefangenschaft die militärische Fürsorge das Gebotene ist, und sie nachher in ihrem Heimatlande zu verdingen sind, für diese nicht ohne weiteres passen. Die Versicherung würde die Gefahr mit sich bringen, daß nach dem Ausbruch der Gefangenen deutscherseits sowohl für die eigenen, von den feindlichen Staaten unterstellt zurückgebliebenen, als auch für die fremden, zu dauernden Versorgungsleistungen berechtigten Kriegsgefangenen weiter gesorgt werden müßte. — Die Fürsorge für die feindlichen Kriegsgefangenen legt aber voraus, daß in dem Lande, dem sie angehören, die gleiche Fürsorge für die deutschen Kriegsgefangenen getroffen wird.

„Ich kenne mich in den Dingen aus.“ lächelte sie, während wir uns über den Wädhelord beugten. „Denn ich habe selbst jemanden, den ich liebe, und der ist ein prächtiger, braver Mensch. Ich kenne ihn schon seit fünf Jahren, und er ist mir auch recht geblieben, als ich damals mein Auge verlor; er ist mir nun bis auf den heutigen Tag, und ich glaube, ganz so wird auch der Revolver sein. ... Jim und ich hätten schon längst geheiratet, wenn er nicht eine alte, geisteschwache Mutter hätte, für die er sorgen muß; aber ins Ärgel will er sie nicht tun, und so muß er also auch noch eine Tante im Hause haben, die sich um die Mutter kümmert, und oft kommt auch der Arzt, und — da geht dann natürlich fast alles darauf, was er verordnet. ... Aber wenn wir deshalb auch noch nicht haben heiraten können, so finde ich doch, daß es sehr schön von ihm ist, wie er seine Mutter behandelt. Ich sage mir, seine Kinder werden mich also einmal eben so behandeln.“

„Gegen Abend fiel Jane vor Hitze und Uebermüdung in Ohnmacht, und Mrs. Moonen und die „Sönig“ bemühten sich lange um sie. „Die jungen Dinger lebt viel zu leicht“, sagte Mrs. Moonen. „Was ist ihr denn der ganze Tag? Nichts als ein paar Bäcklein und Gärten. Ich aber sage: der Herrgott hat mir nur einen Wagen gegeben, und niemand kann mir einen neuen verschaffen, wenn mein alter nicht mehr taugt. Was ich meinen Wagen gebe? Ich gebe ihm kaltes Bier, aber ich gebe ihm auch eine warme Suppe. — das ist vernünftig, und das solltet ihr jungen Mädchen auch tun, umso mehr, als es alles zusammen nur nur Cent kostet. Wenn ihr wollt, könnt ihr je mal mit uns gehen und die Sache persönlich.“

„Im nächsten Mittag gingen wir alle mit den beiden Alten nach Deans Speichhaus. Wir gingen so, wie wir gerade bei der Arbeit ausgehen hatten, denn es ist jetzt keine Zeit, sich erst noch lange herauszusprechen.“ sagte Mrs. Moonen. „Das Damszimmer“ war mit tanzenden und tanzenden Kreisläufern vollbesetzt, als wir jedoch eintraten, saßen sie ihre Gläser und Pfeifen und gingen in das vordere Zimmer hinaus. „Da sitzen Sie schon — hier verleben wir uns die ganze Zeit, was ich meine, was ich meine, wenn Frauen eintrinken.“ sagte Mrs. Moonen. „Sag's hier mit Jubel!“ rief sie dem Reiter zu, der auch gleich darauf schon mit dem Bier und den dampfenden Suppentellern eintrat. „Wie geht's denn und trinken Sie, und dann sagen Sie mir, ob es etwa nicht gut ist?“ sagte sie hinaus, während wir uns über das Bier bewunderten.

(Fortsetzung folgt.)

Die Landarbeiter und die Kriegswirtschaft.

Die Landarbeiterverbände, und zwar der Deutsche Landarbeiterverband (freie Gewerkschaft), der Zentralverband der Forst-, Land- und Wäldergewerkschaft (christliche Gewerkschaft) und die Landarbeitergruppe der Gewerkschaften (Hirsch-Dunder), hielten am 8. Juli in Berlin im Lehrernreinhause eine Konferenz ab, die sich mit den Beschwerden der Landarbeiter wegen Nichtbeachtung der Arbeiterinteressen in der Kriegswirtschaft beschäftigte.

Anwesend waren 27 Vertreter der Landarbeiterverbände, darunter über die Hälfte praktisch tätige Landarbeiter. Seitens des Kriegsammtes nahmen Hauptmann Kunze und Lehrsander der Schlichte an den Verhandlungen teil. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands war durch Reichstagsabgeordneter Bauer vertreten.

Eingeleitet wurden die Verhandlungen durch einen Vortrag von Schmidt, Vorsitzender des deutschen Landarbeiterverbandes, der ein erhebliches Bedenkenmaterial vorlegte. Bei allen Bestimmungen über ländliche Arbeiterfragen würde im allgemeinen nur der Arbeitgeberstand berücksichtigt. Es müsse gefordert werden, daß bei diesbezüglichen Beratungen vor Erlass von Verordnungen auch Vertreter der Landarbeiterverbände hinzugezogen werden. Die weiteren Klagen betrafen den Arbeitszwang, der durch Verordnungen der Generalkommission in der Landwirtschaft eingeführt ist und die Freizügigkeit fast ganz aufhebe. Es wird auch bestritten, daß der Arbeitermangel in der Landwirtschaft in dem Maße vorhanden sei, wie er von den Vertretern der Arbeitgeber immer betont wird. Ganz besonders treffe dies auf die großen Güter zu. Es wurden Fälle angeführt, wo deutsche Arbeiter entlassen wurden, weil Kriegsgefangene billiger sind. Auch die Vertreter des christlichen und Hirsch-Dunderschen Verbandes bestätigten vollkommen die geschilderten Tatsachen, die noch wirksam durch Einzelheiten ergänzt wurden.

Reichstagsabgeordneter Bauer, der sich an der Aussprache beteiligte, sagte, es sei sehr zu bedauern, daß die hier vorgebrachten Klagen nicht vor einem größeren Kreise vorgetragen würden. Bis jetzt habe man nur die Klagen der Arbeitgeber gehört, aber nicht die der Landarbeiter, die das direkte Gegenteil der Behauptungen der Arbeitgeber darstellten.

Als Abschluß der Verhandlungen wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der einleitend betont wird, daß die Landarbeiter mit allen Kräften die landwirtschaftliche Produktion fördern wollen; jedoch müßten vor Erlass von Bestimmungen, die die Arbeiter betreffen, Vertreter der organisierten Landarbeiterschaft gehört werden. Besonders müßten zu den Kriegswirtschaftsämtern Vertreter der Landarbeiterverbände hinzugezogen werden. Die Einführung des Arbeitszwanges und die Beschränkung der Freizügigkeit sei nicht angebracht. Damit würden nur einzelne Arbeiter durch Strafen bestraft und Erbitterung unter die Landarbeiterschaft gezogen. Durch Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer würde mehr erreicht, wie praktische Erfahrungen bestätigen. Ferner wird Vereinigungsfreiheit gefordert. Bei Ueberführung gewerblicher Arbeiter zur landwirtschaftlichen Tätigkeit seien die Landarbeiterverbände zur Mitarbeit bereit, wenn die Arbeiterinteressen entsprechend beachtet werden. Kriegsgefangene dürften nur dort beschäftigt werden, wo tatsächlich Arbeitermangel vorhanden sei.

Der Vertreter des Kriegsammtes konnte natürlich bestimmte Erklärungen zu den vorgebrachten Beschwerden nicht abgeben. Er verzichtete aber, daß er das Vorgelegene den maßgebenden Stellen ausführlich berichten werde.

Außerdem besaßte sich die Tagung noch mit der Neugestaltung des Arbeiterrechts. Einstimmig wurde beschlossen, daß bei der Neuordnung des Arbeiterrechts die Rechtsverhältnisse der ländlichen Arbeiter gebührend berücksichtigt werden sollen. Galle Gleichberechtigung wird für die ländliche Arbeiterschaft gefordert, worunter die Aushebung aller Ausnahmegesetze zu verstehen ist.

Preußische Universitäten und Großkapital.

Am vergangenen Sonntag wurde anläßlich des hundertjährigen Bestehens der Bonner Universität eine „Gesellschaft von Freunden und Förderern der rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn E. W.“ gegründet. Nach ihren Satzungen, will die Gesellschaft „durch dauernde Mitarbeit und finanzielle Beiträge zur Errichtung neuer oder Erhaltung und Vergrößerung bestehender Institute und Einrichtungen der Universität, sowie zur Förderung wissenschaftlicher Arbeit beitragen.“ Mitglieder können alle Personen oder Organisationen werden, die einen Beitrag von mindestens 1000 Mk. geleistet haben. Ein Blick auf die Mitgliederliste zeigt, daß die rheinisch-westfälische Schwerindustrie hinter dieser Gründung steht. Ihr Vorsitzender ist der bekannte Geheimrat Duisberg, ein Teilnehmer der berühmten Altonaer Konferenz und spätester Befehlshaber des Hilfsdienstgesetzes; in den Verwaltungsrat wurden u. a. die Herren Geheimrat Bayer-Elsfeld (von den bekannten Farbenfabriken), Geheimrat Beckenberg-Dortmund (vom „Phönix“-Werk), Geheimrat Hagen-Köln (mit 33 Aufsichtsratsposten der Rönig der deutschen Aufsichtsräte), Generaldirektor Weinlich-Winnigen, Freiherr v. Guillaume-Köln gewählt, ferner auch der Landrat u. Graf v. Bonn, der Vorsitzende der rheinischen Landwirtschaftskammer, dessen Name wiederholt unter annerkennungswürdigen Kundgebungen zu lesen war. Bemerkenswert ist auch die Liste der bisherigen Zeichnungen: Farbenfabriken Friedr. Bayer u. Co., Leverkusen 250 000 Mk., Geheimrat Duisberg, Leverkusen 50 000 Mk., Geheimrat Bayer-Elsfeld 50 000 Mk., Geheimrat v. Böttinger-Krensberg 50 000 Mk., Geheimrat Glajer-Heidelberg 10 000 Mk., Direktor Dr. Robert E. Schmidt-Elsfeld 10 000 Mk. usw.

Zur Feier dieser Gründung fand eine große Verbrüderung mit den Bonner Universitätsprofessoren statt, wobei u. a. der Landtagsabgeordnete Dr. Bäumer sprach. Diese wertwürdige Gesellschaft beweist aufs neue, daß das Unternehmertum keine Opfer kennt, um sich auch an den Universitäten Einfluß zu sichern. Niemand kann so naiv sein, zu glauben, daß diese Summen so bereitwillig hergegeben werden, um allein der „unparteiischen Forschung“ zu dienen. Steht doch dieses Unternehmen ganz im Einklang mit früheren Verträgen, bei denen die wirklichen Ziele dieser Bemühungen noch deutlicher hervortraten.

Ernährungsfragen.

Wird in Gegenstand des täglichen Bedarfs. Die Oberster Strafkammer hat — wie einige Zeitungen berichten — einen Schlächtermeister, der beim Verkauf lebenden Viehes für Wucherpreise hatte zahlen lassen, freigesprochen mit der Begründung, das lebende Vieh nicht zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs gehöre. Diese Entscheidung steht

im Widerspruch mit der ständigen Uebung des Kriegswirtschaftsamt und ist auch mit der Rechtsprechung des Reichsgerichts nicht vereinbar. Gegen das Urteil ist daher auch Revision eingelegt. Lebendes Vieh ist stets zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs zu rechnen, wie dies in der Begründung zum Höchstpreisgesetz ausdrücklich ausgesprochen ist, und fällt demgemäß unter die Verordnung gegen Kriegswucher. Das Kriegswirtschaftsamt wird, wie es uns schreibt, gegen Preisvertreiber mit Vieh stets nachdrücklich einschreiten.

Aus der Partei.

Herne ausgeschlossen. Der bekannte französische Chauvinist Gustav Herne wurde aus der Partei ausgeschlossen. Der Ausschluß ist rechtskräftig.

Aus dem Gerichtssaal.

Um ein Menschenleben. Vor der Strafkammer war der 29 Jahre alte Privatförster Schuhmacher aus Esholz wegen fahrlässiger Tötung angeklagt. Der Beschuldigte ist mit dem Forst- und Jagdschuß im Revier des Dr. Laubenschläger in Esholz befreundet. Er gab, obwohl als unvereideter Forstbeamter zur Ausübung des Schußrechts nicht befugt, auf einen Wilderer, der seinen Anruf „Halt, oder ich schieße!“ nicht beachtet hatte, einen Schuß ab. Die Kugel traf die Schlagader des rechten Oberarmes, was zur Folge hatte, daß der Verletzte, der als der Hausdiener Ferdinand Kaas aus Berlin festgestellt wurde, gestorben ist. Der Staatsanwalt beantragte zwei Wochen Gefängnis (!!) wegen fahrlässiger Körperverletzung, die Strafkammer erkannte auf sechs Monate Gefängnis wegen fahrlässiger Tötung, weil der Angeklagte als unbedingter Privatförster nicht berechtigt gewesen sei, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Notwehr könne nicht in Frage kommen, da der Wilderer sich nicht widersetzt und bereits auf der Flucht befunden habe.

Aus Nah und Fern.

Mehregeln zur Kohlenersparnis in Potsdam. Berliner Morgenblätter berichten aus Potsdam: Der hiesige Magistrat macht bekannt, daß infolge der Heizstoffknappheit die Straßeneleuchtung bis auf weiteres unterbrochen bleibt. Ferner wird der Straßenbahnverkehr von 8 1/2 Uhr abends ab auf allen Linien eingestellt und ebenso ist die Treppeneleuchtung unterbrochen.

Drei Knaben verkränkt. Bei einem Fabrikbrand in der Stadt Moritz (Regbez. Erfurt) sind drei zwölfjährige Knaben, die mit Strichhölzern gespielt hatten, in den Flammen des dadurch entstandenen Brandes umgekommen.

Eisenbahnzusammenstoß. Aus Altenkirchen (Westerwald) wird der „Frankf. Ztg.“ vom 8. Juli gemeldet: Gestern gegen 9 Uhr stießen auf der Nebenbahn Altenkirchen zwischen den Stationen Oberlach und Drinsheld ein Personenzug und ein Güterzug zusammen. Beide Lokomotiven und 9 Wagen wurden beschädigt. Ein Schaffner wurde getötet, 7 Reisende schwer verletzt.

Ein gaskontaminiertes Samstagslager wurde im Walde zwischen Kaiserseich und Armersbach entdeckt. Dort fanden zwei Madonnen suchende Frauen drei geschlachtete und zerlegte Schweine, fünfzehn Sack Weizenmehl, fünf Sack Gersteneiweiß, mehrere Säcke mit etwa zwanzig Stuten und anderes mehr im Gebüsch versteckt. Die Frauen machten von dem gemachten Funde unverzüglich der Polizeibehörde Anzeige, worauf der Ortsarzt, Herr von Kaisersseich und der Gendarmeriewachmeister Hofmann die Säcke in Beschlag nahmen und deren Ueberführung nach der Sammelstelle Radehem veranlaßten. Man ist allgemein der Ansicht, daß die Säcke im Schleichhandel erstanden und im Walde versteckt wurden, um sie des Nachts damit in unauffälliger Weise weiterbringen zu können.

Gütemischer. Wie das „Jenaer Volksblatt“ berichtet, wurde in einem altenburgischen Dorfe eine Berliner Händlerin gestellt, die für vier junge Gänse nicht weniger als 200 Mark bezahlt hatte. Der Handel kam zur Kenntnis der Behörde. Die Gänse wurden beschlagnahmt, eine Anzeige wegen Preiswuchers wird eingeleitet.

Todesursache: Verhungerung! Der österreichische „Textilarbeiter“ berichtet: Das Mitglied Bernhard Hauptig der Ortsgruppe Reichensberg unserer Union hat am 15. Juni das Zeitliche gesegnet, wie der landläufige Ausdruck lautet. Hauptig dürfte aber kaum vor seinem Abgang in die „bessere Welt“ die Hände zur Geste der Segnung erhoben, eher aber die Hand zur Faust geklammert haben, mit einem Fluch auf den erblassenden Lippen. Dem Ansuchen seiner Angehörigen um die Hinterbliebenenunterstützung lag nämlich eine Todesbescheinigung des Krauhauer Distriktsarztes bei, die wir im Wortlaut hier wiedergeben:

Bestätigung. Der Endesunterfertigte bestätigt hiermit, daß der 58 Jahre alte Fabrikarbeiter Bernhard Hauptig, nach Weismarbe zuständig, am 15. Juni tot auf den Engelsberger Wiesen aufgefunden wurde. Nach den gepflogenen Erhebungen ist der Obgenannte an Verhungerung gestorben. (Unterschrift unleserlich.) Distriktsarzt.

Die Wiener „Arbeiterzeitung“ bemerkt zu dem Fall: Hauptig ist nicht der erste und nicht der letzte, der aus dem Mitgliederstande der Union der Textilarbeiter durch Verhungerung ausgeschiedet, aber das erste Mal wird es uns von einem Amtsarzt unzweideutig bestätigt. Wie lange noch sollen die Arbeiter die jetzigen Leiden ertragen?

Ein Bahnschwärmer als Führer eines russischen Verwundetenzuges. Nach dem Kiemer Blatt „Kiewskanin“ wurde der Lokomotivführer eines Sanitätszuges, der von der Front kam und auf der Fahrt nach Verditschew begriffen war, unweit Polonoje plötzlich wahnsinnig. Mit einem glühenden Feuerhaken erschlug er die im Tender beschäftigten Hilfsarbeiter und warf sie aus dem Zuge. Darauf stellte er die Maschine auf äußerste Kraft und raste mit dem dichtbesetzten Verwundetenzug durch Polonoje, um schließlich auf offener Strecke mit einem Militärzug zusammenzustoßen. Der Zusammenstoß war juchend. Beide Züge wurden aus den Geleisen gehoben und umgeworfen. Lokomotiven und erste Wagen wurden vollständig zertrümmert. Ungefähr 250 Soldaten haben hierbei den Tod gefunden, die Zahl der Verletzten ist noch nicht festgestellt.

Stark in Schweden. „Witonsbladet“ zufolge ist in der Nacht zum 9. Juli in der ganzen Provinz Smaland starker Frost eingetreten. Der amtliche Schaden ist beträchtlich, das Getreide hat zum Teil schwer gelitten, die Kartoffeln sind erfroren.

Kriegsexplosion in Tokio. Aus Tokio meldet Agence Havas die Explosion einer Nitratfabrik in Osaka. 200 Personen wurden getötet. Die Fabrik wurde zerstört.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Bezugspreis: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co., Sämtlich in Lübeck.

Gelesene Nummern des „Volksboten“

Bitten wir nicht wegzuerwerfen, sondern zur Gewinnung neuer Abonnenten weiterzugeben. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, für sein Parteiblatt zu werben.